

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postwitz, Proßon, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: K. Kofrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Letzseite 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 35 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 275

Bad Schandau, Freitag, den 25. November 1927

71. Jahrgang

Tod des rumänischen Ministerpräsidenten

Bratianu plötzlich gestorben.

Einer Halsentzündung erlegen.

Das durch die Streitigkeiten um die Thronfolge innerlich so aufgewühlte Rumänien ist in eine neue Krise gestürzt worden. Ganz unerwartet ist der an der Spitze der Regierung stehende Ministerpräsident J. J. C. Bratianu aus diesem Leben abgerufen worden. Er ist den Folgen einer Halsentzündung erlegen. In den letzten Tagen waren bereits in Bukarest Gerüchte verbreitet, die von einer ernstlichen Erkrankung des Kabinettschefs wissen wollten. Eine amtliche Mitteilung trat diesen Nachrichten entgegen und versicherte, daß Bratianu infolge Erkältung unwohl gewesen sei, sich aber schon auf dem Wege der Besserung befinde.

Bei der Halsentzündung, die zum Tode Bratianus führte, stellte sich die Notwendigkeit einer Operation heraus, die auch einen günstigen Verlauf nahm. Wenige Stunden später traten jedoch starke Hustenanfälle mit Blut-



J. J. C. Bratianu †.

Vintilie Bratianu.

auswurf ein, die dem Kranken schwere Atemnot bereiteten. Es mußte zu einer zweiten Operation geschritten werden, um durch Einsehung einer Kanüle einen künstlichen Atmungsveg zu schaffen. Eine Blutuntersuchung ergab das Vorhandensein einer allgemeinen Blutvergiftung. Bratianu, der von seiner Familie umgeben war, trat Donnerstag morgen früh gegen 7 Uhr den letzten Atemzug. Er stand im 64. Lebensjahre. Die Beisehung soll auf seiner Bestattung in Florica stattfinden.

Die vorläufige Nachfolge.

Sofort nach dem Hinscheiden Bratianus trat der Ministerrat zusammen und faßte Beschlüsse zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, da die Erregung in der Hauptstadt natürlich stark anstieg bei der Todesnachricht. Vintilie Bratianu, der Bruder des Verstorbenen, hat vorläufig die Ministerpräsidentenschaft übernommen.

Im Laufe des Donnerstagvormittags wurde in Bukarest wieder die Depeschenzensur verhängt. Sämtliche Regierungs- und öffentlichen Gebäude wurden militärisch besetzt. Bei den Garnisonen in der Provinz wurde der Alarmzustand verkündet, doch herrscht zunächst überall Ruhe.

Die innenpolitische Lage in Rumänien.

Bukarest. Das Exekutivkomitee der Liberalen Partei ist zusammengetreten. Wie man versichert, wird die Führung der Partei einem leitenden Komitee aus drei Mitgliedern übertragen werden. Als voraussichtlicher Führer der Partei wird entweder Vintilie Bratianu oder Duca genannt. Die neugebildete Regierung soll, wie angenommen wird, nur vorläufigen Charakter haben. Ein neugebildetes Kabinett werde sich auf die Mitarbeit von Maniu stützen.

J. J. C. Bratianu

wurde 1864 als Sohn des 1891 verstorbenen rumänischen Staatsmannes Ioan Bratianu geboren. Dem Vater Bratianu, der von 1876 bis 1888 mit kurzen Unterbrechungen Ministerpräsident war, verdankt Rumänien die Unabhängigkeit und die Königswürde. Dem Sohn Bratianu verdankt das Land die Entwicklung zum Großrumänien. Seit 1895 Abgeordneter, wurde Bratianu der Jüngere 1897 Minister des Innern. 1910 übernahm er die Leitung der Liberalen Partei und wurde gleichzeitig Ministerpräsident. Als solcher erwarb er im Jahre 1913 von Bulgarien die Dobrußa. Seine Politik führte am 27. August 1916 zum Eintritt Rumäniens in den Krieg an der Seite der Alliierten. Da Bratianu bei Kriegsausbruch nicht alle Forderungen durchsetzen konnte, trat er im Dezember 1919 zurück. Nachdem das Kabinett Late

Jonescu im Januar 1922 unterlegen war, bildete Bratianu ein neues Kabinett. Im März 1926 machte Bratianu einem Kabinett Averescu Platz. Averescu, der sich nur als Blatthalter für Bratianu erwies, machte schon im Juni 1927 dem Prinzen Stirbey Platz. Der kranke König berief bald Bratianu erneut zur Kabinettsbildung.

Deutsches Beileid.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hat an den rumänischen Minister des Äußern Titulescu das folgende Beileidstelegramm gefandt: „Die Nachricht von dem Hinscheiden des Herrn Ministerpräsidenten Bratianu hat mich tief bewegt. Ich bitte Eure Erzellenz, mein aufrichtigstes Beileid entgegenzunehmen und dieses auch der königlich rumänischen Regierung übermitteln zu wollen.“

Das Testament Bratianus.

Bukarest. Das Testament Bratianus wurde geöffnet. Es betrifft nur Familienangelegenheiten. Bratianu hat die Nutznießung seines Vermögens seiner Gattin vermach, während sein Sohn Georges Bratianu das Besitzrecht an dem Vermögen erbt.

Eidesleistung des neuen rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 24. November. Die neue Regierung mit Vintilie Bratianu an der Spitze hat vor dem Regenschafsrat den Eid abgelegt.

Die neue Regierung hat eine Kundgebung an das rumänische Volk gerichtet, in der zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Einigkeit aufgefordert wird.

Der außerordentliche Ministerrat, der heute mittag zusammentrat, hat beschlossen, im ganzen Lande Trauerfeierlichkeiten für Bratianu zu veranstalten. Der Leichnam wird in einem Festsaal des Atheneums aufgebahrt. Am Sonntag wird er nach Florica überführt.

Carol nach Rumänien abgereist?

Paris, 24. November. Nach den hier in den späten Abendstunden vorliegenden Meldungen aus Rumänien sollen die Oppositionsparteien den früheren Kronprinzen Carol nach dem Ableben Bratianus verbannt haben, sofort nach Bukarest zurückzuführen. Gerüchweise verlautet hier, daß Carol Paris bereits verlassen habe. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war allerdings bisher nicht zu erhalten. Andererseits verlautet nach weiteren Meldungen aus Bukarest, daß die rumänischen Truppen Befehlsbefehl erhalten haben und daß starke Militärpatrouillen die rumänische Hauptstadt durchziehen.

London zum Tod Bratianus.

London, 25. November. Der Tod des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu wirkt in englischen politischen Kreisen ziemlich sensationell, da die letzten Krankheitsberichte nicht auf ein so schnelles Ende hindeuten hatten. Die Bedeutung des Ereignisses für Rumänien wie für die internationale Politik wird in den politischen Kreisen eifrig erörtert. Ueber die entscheidende Rolle, die Bratianu in der rumänischen Politik spielte, besteht nur eine Meinung, während die möglichen Folgen seines Todes verschieden beurteilt werden. Im Augenblick betrachtet man die Frage als entscheidend, ob es der rumänischen Regierung gelingen wird, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Presse enthält sich einstweilen aller Kommentare und weist nur darauf hin, das Bratianu kaum in einem für Rumänien ungünstigeren Augenblick sterben konnte.

Ueber Carols Absichten nach dem Tode Bratianus herrscht einige Ungewißheit, doch belagen die letzten Nachrichten, daß er Paris nicht verlassen hat. Man nimmt nicht an, daß Carol selbst in diesem Augenblick auf einen Staatsstreich hinarbeite und noch weniger, daß solche Bestrebungen aus dem Lager der rumänischen Hofes irgendwelche Förderung erfahren.

Der eiserne Mann.

„Wehe dem Volke, dessen König ein Kind ist.“ Auf Rumäniens Königsthron, der erst vor sechsundvierzig Jahren errichtet ist, sitzt solch ein Kind, sitzt ein Sechsjähriger. Um ihn herum wirbeln die Intrigen, kämpfen struppellose Machthaber, wird mit allen Mitteln, die eine politische Korruption zu erzeugen pflegt, um diese Macht gerungen. Und draußen — jetzt noch draußen — steht einer als Kronpräsident, dessen Aussichten durchaus nicht schlechte sind. Eine eiserne Hand, die in der Wahl der Kampfmittel noch weniger bedenklich, noch struppeloser war, meisterte bisher das Chaos, den — Bürgerkrieg. Aber diese Hand ist jetzt erschaffen. Bratianu, Rumäniens Ministerpräsident und wirklicher Beherrscher, ist ganz plötzlich gestorben.

Für eilige Leser.

* Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung u. a. dem neuen Kraftfahrzeug-Steuergesetz zu, das die bisherige Regelung bis zum 31. März 1928 verlängert.

* Der Reichsbegnadigungsausschuß wurde durch den Vorschub des Abg. Dr. Moses (Soz.) für nächsten Dienstag einberufen, um von der Regierung darüber Erklärung entgegen zu nehmen, was zur weiteren Aufklärung des Falles Höß bisher geschehen ist. Sodann wird der Reichsbegnadigungsausschuß zu dem Fall selbst Stellung nehmen.

* Nach einer Meldung aus Budapest hat der Reichsverweiger den Generalobersten Stojakovits zum Militärattaché bei der ungarischen Gesandtschaft in Berlin ernannt.

Der Regenschafsrat, den der unlängst verchiedene Rumänenkönig Ferdinand dem Sechsjährigen nach seinem Tode zur Seite stellen ließ — die Königinwitwe Maria hatte keinen Anteil an der Macht, die sie so heiß erstrebte —, bestand aus dem Prinzen Nikolaus, einem Onkel des alten jungen Carolsohnes Michael, dann aus dem obersten Kirchenfürsten Rumäniens und aus dem Präsidenten des Kassationshofes, also dem höchsten richterlichen Beamten. Aber zu sagen hatten alle diese drei Männer so gut wie gar nichts, denn Bratianu herrschte, und man weiß, daß er sich am wenigsten davor scheute hätte, Rumänien zu einer Republik zu machen, wenn er es zur Erhaltung seiner Macht für notwendig befunden hätte. Nichts zu sagen hatte auch die Königinwitwe Maria, so wenig, daß es in den letzten Tagen noch hieß, sie wolle sich in ein Kloster zurückziehen. Das wird sie jetzt wohl beibehalten.

Es ist eine riskante Sache, zu prophezeien, aber — vielleicht ist Jonel Bratianu gerade zu rechter Zeit gestorben. Der Widerstand gegen ihn wuchs. Nicht in der Armee, auf die er sich doch verlassen konnte trotz mancher Sympathien, derer sich in ihr der Kronpräsident Carol immer noch erfreut. Diese Sympathien hielt Bratianu mit eiserner Hand nieder. Aber auch der Regenschafsrat machte ihm Schwierigkeiten, namentlich Prinz Nikolaus, der wohl an eine Gefährdung des Thrones durch Bratianu glaubte. Und dann kam die schwere moralische Niederlage, die das Diktatorium des Ministerpräsidenten in dem Prozeß gegen den Vertrauensmann des Prinzen Carol, den Obersten Manoilescu, erlitten hat. Aus dem Angeklagten wurde der Kläger, der gegen die mit allen Mitteln arbeitende Herrschaft Bratianus schwerste Anklagen erhob. Und was diese Niederlage zu einer noch schwereren machte, war die Tatsache, daß das Gericht, vor dem jener Vertrauensmann Carols stand, ein Militärgericht gewesen ist. Das war ein überaus harter Schlag für den Diktator. Mit der parlamentarischen Opposition, die recht stark ist, obwohl bei rumänischen Wahlen mit allen Mitteln der Verletzung, Gewalt und sonstiger Beeinflussung gearbeitet wird, war Bratianu ziemlich fertig geworden. Freilich hatte auch sie ihm schärfsten Kampf angesagt. Die Gärung, der Widerstand unter der Decke der Gewalt liegt immer weiter. Und dabei war Bratianu ein — Liberaler!

Bekanntlich hat Prinz Carol am 31. Juli, zehn Tage nach dem Tode König Ferdinands, seinen Thron verzichtet wieder zurückgenommen. Daß die Regierung Bratianus erst vor ein paar Tagen die sogar viermal erfolgte Verzichtleistung veröffentlichte, blieb im rumänischen Volke ohne Eindruck; denn dort unten, im Halborient, nimmt man es nicht so genau mit dem Halten eines gegebenen Wortes, namentlich dann nicht, wenn — Bratianu den moralisch Entwürfen spielt. So wird denn der Kampf um die Erbschaft beginnen. Vorläufig hat des Verstorbenen Bruder, der im bisherigen Kabinett Finanzminister war, das Portefeuille des Ministerpräsidenten übernommen. Was er bisher leistete, hat bewiesen, daß er wohl kaum die starke, brutale Persönlichkeit ist wie sein verstorbener Bruder. Gewiß hat er im Parlament noch die große Mehrheit hinter sich; aber betartige Machtkämpfe spielen sich außerhalb des Parlaments ab. Wird er also der Erbe seines Bruders auch bleiben? Wird es die Königinwitwe werden oder Prinz Carol, der jetzt noch draußen steht, aber seine Stunde wohl sicherlich für gekommen hält? Prophezeien ist eine mißliche Sache, besonders aber dann, wenn es sich um Entwicklungen auf dem Balkan handelt.

Eröffnung der Konferenz zur Verhütung der Kriegsgefahr.

London. Die Konferenz zur Verhütung der Kriegsgefahr, zu der Staatsmänner und Schriftsteller aus allen Teilen der Welt in London erschienen sind, wurde in Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten Breitscheid durch den früheren italienischen Premierminister Miti eröffnet.

Unterzeichnung des albanisch-italienischen Vertrags.

Rom. Die „Agenzia Stefani“ teilt mit, daß am 22. November in Tirana das Verteidigungsbündnis zwischen Italien und Albanien unterzeichnet worden ist. Der Vertrag wird beim Völkerbund registriert werden.

Deutschlands Lasten und Leistungen.

Von Paul Dehn - Hamburg.

In Artikel 233 des Versailler Friedens verpflichteten sich die ehemals Verbündeten, ihre Kriegsschadigungsforderung durch einen eigenen Wiederherstellungsausschuss spätestens bis 1. Mai 1921 zu stellen und der deutschen Regierung den Gesamtbetrag der ihr auferlegten Verpflichtungen bekannt zu geben. Diese Forderung wurde bisher noch nicht erfüllt. Im Londoner Abkommen von 1921 hatten die ehemaligen Verbündeten 132 Milliarden Goldmark verlangt. Bei der Beratung des Dawesabkommens sollen 42 und 30 Milliarden Goldmark als Gesamtforderung genannt worden sein. In jüngster Zeit sprach man von 15 Milliarden Goldmark.

Weshalb zögern die ehemaligen Verbündeten, den Gesamtbetrag ihrer Forderungen anzugeben? In seinem „Finanzarchiv“ erklärte der Würzburger Volkswirtschaftler Professor Schanz dieses Zögern aus dem Wunsche der Entente, den letzten Wutschnitten aus Deutschland herauszuholen. Auch der Dawesplan erlegt uns Höchstleistungen auf. Zwar ließen seine Verfasser Herabsetzungsmöglichkeiten durchschimmern, doch nur, um die Henne, welche die goldenen Eier legt, nicht gänzlich zu entkräften. Wann wird man den Gesamtbetrag, den Deutschland noch fernherhin abgeben soll, endlich erfahren?

Inzwischen sollte von deutscher Seite eine genaue Aufstellung über die bisherigen deutschen Leistungen und Verluste vorbereitet werden. Nach einem Bericht des „Institute of Economics“ der Amerikaner S. G. Moulton und Mac Guire hätte Deutschland bis Ende September 1922 rund 26 Milliarden Goldmark geleistet, uneingerechnet die Abtretung deutscher Kolonien und Gebiete und ohne Berechnung der Rücklieferung der Besetzungskosten und anderer innerer deutscher Ausgaben. Im Oktober 1923 bezifferte der Engländer Keynes bis dahin die Aufwendungen Deutschlands für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag ebenfalls mit 26 Milliarden Goldmark.

Eine halbamtliche Aufstellung von Mitte 1923 berechnet Deutschlands Leistungen bis dahin auf 52 Milliarden Goldmark.

Deutschlands bisherige Leistungen

	in Milliarden Goldmark
Deutsches Eigentum im Ausland, soweit veräußert	11,7
Ausgelieferte Handelsflotte	5,7
Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten	6,5
Ausgelieferte Eisenbahnbetriebsmittel	2,0
Rücklagsgüter nicht militärischer Art	5,8
Abtretung der deutschen Anleihen und Vorschüsse an Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei	7,0
Abtretung der Saargruben	1,1
Kohlenlieferungen	1,3
Vieh- und Warenlieferungen	0,5
Bargeldsendungen	1,3
Kosten der Rheinlandbesatzungen	5,2
Kosten der Ueberwachungsausschüsse	0,7
Verschiedenes	3,2
Goldmilliarden	52,0

Sierzu kommen die Leistungen von Mitte 1923 bis Mitte 1927 mit rund 5 Milliarden Mark. Nicht berechnet sind dabei die Verluste Deutschlands durch die Abtretung Elsaß-Lothringens, Posen, Westpreußens, Ostoberschlesiens, Danzigs, Memels, Nordschleswigs, Eupens, Malmedys und des Sultschiner Ländchens. Ende 1918 hatte im Unterhause Sir Mitchell Thomson den Wert Elsaß-Lothringens und der deutschen Schutzgebiete auf 15 Milliarden Pfund Sterling veranschlagt. Nicht geringer war der Wert der anderen Landverluste Deutschlands. Unberechenbar waren jerner Deutschlands Leistungen durch Abtretung der besten Flussschiffe auf Rhein und Elbe an Frankreich, Belgien und die Tschechoslowakei, Verluste durch Internationalisierung der deutschen Ströme, durch zeitweilige Einräumung der Weisbegünstigung an die Verbündeten, durch Sonderbegünstigungen für Elsaß-Lothringische und polnische Waren usw.

Eine genaue Aufstellung der deutschen Leistungen und Schäden ist notwendig, weil der internationale Wiederherstellungsausschuss (Reparationskommission) in seinem Bericht für die Zeit bis zum 30. Juni 1924 auf Grund willkürlicher Anschläge behauptet hatte, Deutschland habe erst 8,4 Milliarden Goldmark in Wertes oder in bar geliefert. Aus der deutschen Aufstellung würde die öffentliche Meinung in den Kulturstaaten ersehen, daß Deutschland bereits eine Kriegsschadigungsabfuhr hat, wie sie noch niemals geleistet wurde, wie sie vor dem Kriege überall für phantastisch erklärt worden wäre.

Wie der Reichsfinanzminister unlängst bei Darlegung der Finanzlage des Reichs mitteilte, erfordern die Kriegslaster einschließlich der Kriegsschadens, Militärpensionen, der Ausgaben für Besatzung, Entwaffnung usw. im Haushalt 1927 rund 3,5 Milliarden Mark. Im Reichstag hatte am 31. März der Abgeordnete Dr. Deffauer von der Zentrumspartei berechnet, daß die Gesamtlast der sogenannten Reparationen bei Erreichung ihrer vollen Höhe 4 Milliarden Goldmark jährlich betragen werde.

Litwinow bei Stresemann.

Auf der Reise nach Genf.

Die Delegation Sowjetrußlands zur Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf ist abgefahren. Rußland nimmt zum erstenmal an den Abrüstungsberatungen teil und man sieht diesem Ereignis mit besonderer Spannung entgegen.

Die russische Abordnung wird geführt von dem stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, und nimmt den Weg über Berlin. Litwinow ist dort in Begleitung des Volkskommissars für das Unterrichts- und Kunstwesen, Lunatscharski, bereits eingetroffen. Litwinow besuchte alsbald das Auswärtige Amt und stattete dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Besuch ab.

Ein solcher Besuch ist selbstverständlich und bedarf keiner Begründung. Die durch die Auslandspressen daran geknüpften Gerüchte, Litwinow wolle mit Dr. Stresemann ein gemeinsames Vorgehen der deutschen und der Sowjetdelegation auf der Genfer Konferenz besprechen, sind natürlich nach jeder Richtung hin unbegründet. Deutschland in Genf einzunehmen hält man seit lamaem fest.

Litwinows Besuch bei Stresemann.

Berlin, 24. November. Der stellvertretende russische Außenkommissar Litwinow hat Berlin entgegen anders lautenden Meldungen heute abend noch nicht verlassen. Er wird voraussichtlich im Laufe des morgigen Vormittags bei dem deutschen

Außenminister einen Höflichkeitsbesuch abstatten. Eine besondere politische Bedeutung wird diesem Besuch nicht beigemessen, da es sich lediglich um die Erfüllung einer diplomatischen Anstandspflicht handelt.

Saft 6 Milliarden deutsche Verwaltungskosten.

Berlin, 24. November. Auf Aufforderung des Abgeordneten Erising im Haushaltsausschuss hat das Reichsfinanzministerium, wie „Der Deutsche“ mitteilt, eine Zusammenstellung über die Gesamtbefoldungskosten der Länder gemacht. Danach belaufen sich die Befoldungskosten der Länder nach dem Stande der jetzigen Befoldungsordnung auf 2477 Millionen Mark. Nach der Berechnung der Länder löst die neue Befoldungsregelung weitere 406 Millionen Mark, so daß der künftige Befoldungsaufwand 2883 Millionen Mark betragen wird. Bei Hamburg, Bremen und Lübeck ist zu beachten, daß in den für die Verwaltung dieser Länder entfallenden Kosten auch die Ausgaben für die Kommunalverwaltung enthalten sind, da bei den freien Reichsstädten Staats- und Kommunalverwaltung, ein und dasselbe sind. Bei mehreren Ländern, so vor allem in Preußen, Württemberg, Baden, Hessen und einer Anzahl kleinerer Länder ist nicht zu ersehen, ob in den angegebenen Personalkosten auch die Pensionen enthalten sind. Bei einzelnen Ländern sind diese Angaben gemacht worden.

Nach Durchführung der neuen Befoldungsordnung belaufen sich die Personalausgaben in Reich und Ländern einschließlich Pensionen auf etwa 3426 Millionen Mark. Schätzungsweise dürften die Personalausgaben bei den Gemeinden sich zwischen 2-2½ Milliarden Mark bewegen, so daß die gesamten Verwaltungskosten im Reich, in den Ländern und Gemeinden sich künftig zwischen 5½ bis 6 Milliarden bewegen werden.

Alles in allem genommen, ergibt sich, so schreibt „Der Deutsche“ weiter, daß die Personalkosten in Reich, Ländern und Gemeinden sehr groß sind und es eine dringende Staatsnotwendigkeit ist, eine großzügige Vereinfachung unseres Verwaltungswesens durchzuführen.

Der bayrische Staatsvereinfachungsplan.

München, 25. November. Gestern früh hatte die Frankfurter Zeitung auf Grund einer Indiskretion Einzelheiten aus dem Staatsvereinfachungsplan der bayrischen Staatsregierung veröffentlicht. In einem Artikel der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz wird nun bestätigt, daß diese Einzelheiten im allgemeinen den vorläufigen Vorschlägen des Ministerpräsidenten an die Landtagsfraktion entsprechen. Danach würden aufgehoben werden: zwei Ministerien, zwei Kreisregierungen, zwei Oberlandesgerichte, acht Landgerichte, 61 Amtsgerichte, 24 Bezirksamter, 24 Vermessungsämter und 17 Forstämter, sowie eine Reihe von Professuren an den Hochschulen. Die Befugnisse der Außenbehörden werden erweitert, der Instanzenweg verkürzt. Die Einsparungen an Personalausgaben sollen jährlich etwa 8 Millionen Mark, an Sachausgaben 6-8 Millionen Mark ausmachen.

Ein umfangreicher Reparationschwindel aufgedeckt.

Landau, 24. November. Ein großer Reparationschwindel, der sich über die Pfalz, Baden und Württemberg erstreckt, und dessen Ausmaße noch nicht zu übersehen sind, wird jetzt bekannt. Auf eine Zeitungsmeldung, daß ein französischer Kaufmann drei südwestdeutsche Bauunternehmer im Betrage von mehreren tausend Mark geschädigt habe, indem er Aufträge auf Holzhäuserbauten im Innern Frankreichs erschwindelte, meldeten sich heute 4 weitere südwestdeutsche Bauunternehmer, die durch den Schwindler um höhere Beträge geschädigt worden sind. Es handelt sich nicht um einen französischen Kaufmann, sondern um einen in Heidelberg wohnenden Deutschen namens Franz Philipp, der lange Zeit in Frankreich lebte und durch sicheres Auftreten und Vorklage von amtlichen Dokumenten den Firmen glaubhaft zu machen verstand, daß es sich um Lieferungen auf Reparationskonto nach Frankreich handele. Den Bauunternehmern legte er einen Lieferungsplan über 1200 Holzhäuser im Werte von je 8000 Mark vor, die angeblich in der Nähe von Paris erstellt werden sollten. Wahrscheinlich sind noch weitere Firmen auf den Schwindel herabgefallen.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Preussischer Ministerpräsident in München.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun traf Donnerstag in München ein und stattete alsbald dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held im Staatsministerium des Äußern einen Besuch ab. Im Anschluß daran folgte der preussische Ministerpräsident mit Gefolge einer Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu einem Frühstück in dessen Wohnung. Nachmittags erfolgte die Vorstellung des Vorstandes des Bayerisch-Preussischen Städtischen Bundes, abends fand die feierliche Einweihung der hergestellten Räume der preussischen Gesandtschaft statt. Hierbei hielten die Ministerpräsidenten Preußens und Bayerns Ansprachen.

Frankreich.

Die Marinerevoluten in Toulon, die sich im August dieses Jahres im dortigen Marinegefängnis und auf einem französischen Kreuzer ereignet hatten, haben jetzt ein parlamentarisches Nachspiel gehabt. Der Marineausschuss der Kammer hatte einen Antrag gestellt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit uneingeschränkter Vollmacht einzusetzen, der die Vorgänge untersuchen sollte. Der Marineminister drohte mit seinem Rücktritt, falls diesem Antrag stattgegeben würde, und auch Poincaré stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte infolgedessen den Untersuchungsausschuss mit 371 gegen 150 Stimmen ab. Aus Ausführungen des Marineministers geht hervor, daß sich die Mannschaften bei dem Marinepräfelten und dem Kapitän des Kreuzers wegen ihres Vorgehens entschuldigt haben.

Großbritannien.

Sturmzeiten im Englischen Unterhaus. Die Englische Arbeiterpartei setzt ihre Obstruktion gegen das konservative Kabinett Baldwin fort. Bei der Beratung der Arbeitslosenversicherung im Unterhaus kam es zu lärmenden Störungen, die zum Ausschluß von vier Mitgliedern des linken Flügels der Arbeiterpartei führten, ein Vorgang, der im englischen Parlament selten vorkommt. Während die Sitzungen des Unterhauses gewöhnlich bis 11 Uhr abends dauerten, waren die Abgeordneten gezwungen, die Sitzung bis 5 Uhr morgens auszudehnen. Trotzdem wurden in der Beratung des Gesetzentwurfes nur geringe Fortschritte erzielt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie die tschechoslowakische Gesandtschaft in Berlin mitteilt, beruhen die in der Presse wiedergegebenen Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Ministers des Äußern Dr. Benesch auf keinerlei Tatsachen.

München. Der Bayerische Landtag beschloß, die vom Finanzministerium nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters von Nürnberg, Luppe, zu erteilen.

Karlsruhe. Das Staatsministerium hat beschloffen, für besondere Verdienste um den Staat eine Staatsmedaille als Plakette zu verleihen. Die Medaille kann Einzelpersonen und Vereinigungen zuerkannt werden.

Saar. Die Zweite Kammer hat einen sozialdemokratischen Antrag auf Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag mit 52 gegen 21 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Zusammenfasse

bei franzosenfreundlichen Kundgebungen in Belgrad.

Belgrad, 25. November. In der hiesigen Universität fand anlässlich der Unterzeichnung des französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages eine Feier statt, auf der Vorträge über die kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Jugoslawien gehalten wurden. Im Anschluß an die Feier kam es zu Studentenkundgebungen für Frankreich. Von der Polizei waren umfassende Maßnahmen getroffen, um etwaige antitalienische Kundgebungen zu verhindern. Als größere Ansammlungen von Demonstranten von der Polizei zerstreut wurden, kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf die Fensterscheiben mehrerer Geschäftsläden eingeschlagen wurden. Einige Studenten wurden verwundet.

Die Berufungsverhandlung gegen die Mitglieder des Volksbundes.

Das erstinstanzliche Urteil aufgehoben.

Warschau, 24. November. In der Berufungsverhandlung im Volksbundsprozess, die heute in Warschau vor dem Appellationsgericht stattfand, gab das Oberste Gericht dem Revisionsantrag der Angeklagten statt. Das Urteil der ersten Instanz wurde aufgehoben und ein neuerliches Verfahren durch die Gerichte angeordnet.

Deutscher Reichstag.

(346. Sitzung.) OB. Berlin, 24. November.

In allen drei Lesungen wird der Gesetzentwurf zur Änderung des Telegraphengesetzes angenommen, wodurch das Fernsprechen in das deutsche Telegraphenrecht eingearbeitet wird. Es folgte der Entwurf eines deutschen

Auslieferungsgesetzes.

Danach kann ein Ausländer, der von der Behörde eines ausländischen Staates wegen einer strafbaren Handlung verfolgt wird oder verurteilt worden ist, der Regierung dieses Staates auf Ersuchen einer zuständigen Behörde zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung ausgeliefert werden. Die Auslieferung ist nur wegen einer Tat zulässig, die nach deutschem Recht ein Verbrechen oder Vergehen ist. Sie ist nicht zulässig, wenn die Tat nur mit einer Vermögensstrafe geahndet wird, die nicht in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werden kann, oder wenn es sich um eine politische Tat handelt.

Abg. Dr. Breitfeldt (Soz.) erklärte, ein Auslieferungsgesetz sei wiederholt vom deutschen Volke gefordert worden. Der Entwurf sei an und für sich begrüßenswert, müsse aber noch verbessert werden. Einzelne deutsche Länder hätten noch besondere Auslieferungsvorgänge; diese dürfen aber nur vom Reiche abgeschlossen werden.

Abg. Dr. von Freytagh-Loringhoven (Dn.) hielt eine genauere Durchprüfung des Entwurfs im Rechtsausschuss für notwendig. Ein ausgezeichnetes Material dafür seien die Verhandlungen der drei skandinavischen Staaten.

Reichsjustizminister Hergt

hob die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Auslieferungswesens hervor. Die Regierung sei gern bereit, im Rechtsausschuss näher auf die Einzelheiten der Vorlage einzugehen. Auslieferungsvorgänge von deutschen Einzelleändern seien nur noch mit Frankreich vorhanden. Diese Verträge müssten nun durch den Abschluß von Reichsverträgen dem neuen Rechte angepaßt werden. Hier sei der Boden geschaffen für ein internationales Zusammenarbeiten zum Schutze der gemeinsamen Rechtsgüter der Nationen.

Abg. Süder (Komm.) erinnerte an vergangene Zeiten politischer Verfolgungen.

Die Vorlage ging an den Rechtsausschuss. Es folgte die erste Lesung des Gesetzentwurfes über den Reichswirtschaftsrat.

Reichswirtschaftsminister Curtius erklärte, die Reichsregierung lege den größten Wert auf das Bestehen eines arbeitsfähigen Reichswirtschaftsrates. Eine Reform des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sei unumgänglich notwendig gewesen. Die Kritiken an den Arbeiten seien allerdings vielfach unberechtigt gewesen, weil seine Tätigkeit sich hauptsächlich in den Ausschüssen vollzogen habe. Bei dem bisherigen System seien zwei Drittel der Mitglieder von der praktischen Mitarbeit ausgeschlossen gewesen. Der endgültige Reichswirtschaftsrat solle den Charakter einer Gutachterkörperschaft beibehalten, auch das volle Initiativrecht werde ihm gewährt.

Abg. Köhnen (Komm.) erklärte, die Rede des Ministers zeige, wie gemühtlich man es mit dem Reichswirtschaftsrat meine.

Nach einer kurzen Entgegnung des Abg. Wiffel (Soz.), worin dieser die vom Vorredner der Sozialdemokratie und ihm persönlich gemachten schweren Vorwürfe zurückwies, verlas er das Haus auf Freitag.

Das Mieterchutzgesetz

vor dem Wohnungsausschuss des Reichstages.

Berlin, 24. November. Der Wohnungsausschuss des Reichstages erledigte am Donnerstag die Novelle zum Mieterchutzgesetz bis einschließlich § 1 h, die im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen wurde. Danach erfolgt die Zustellung des Kündigungsbriefes des Hauswirtes von amtswegen. Bei einer Kündigung wegen Zahlungszurückes ist der Fürsorgebehörde Mitteilung zu machen. Der Mieter kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Widerspruch erheben. Er muß bei der Zustellung der Kündigung auf seine Widerspruchsfähigkeit aufmerksam gemacht werden. Bei rechtzeitigem Widerspruch verliert die Kündigung ihre Kraft. Erhebt aber der Mieter nicht rechtzeitig Widerspruch, so ist gegen ihn auf Gesuch des Hauswirtes Räumungsbefehl zu erlassen. Der Mieter kann gegen den Räumungsbefehl Einspruch erheben und muß über dessen Form und Frist belehrt werden. Eine Nachprüfung der Kündigungsgründe ist nur dann zulässig, wenn der Mieter keine Schuld an der Versäumnis des rechtzeitigen Widerspruches gegen die Kündigung trifft.

Aus Stadt und Land.

Wertblatt für den 26. November 1927.
 Sonnenaufgang 7¹² | Mondaufgang 21¹¹
 Sonnenuntergang 15³² | Monduntergang 5¹⁰
 1857: Joseph Freiherr von Eichendorff gestorben.

— Ein Adventsbaum auf dem hiesigen Marktplatz. In der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums am Mittwoch wurde u. a. beschlossen, in diesem Jahre erstmalig auf dem Marktplatz einen mit elektrischen Birnen versehenen Adventsbaum aufzustellen. Ob dies bereits am 1. Advents-sonntag möglich ist, steht noch nicht fest. An die Gesangsvereine wird die Bitte ergehen, in der Nähe dieses Baumes gefängliche Darbietungen zu veranstalten. Die hierbei einkommenden Spenden werden für Kinder armer Einwohner zu Weihnachtsgaben Verwendung finden. Stadtrat Hering wird das Erforderliche besorgen.

— Böhmisches Obsteinfuhr. Die letzte sogenannte böhmische Obsteinfuhr ist gestern, am 23. November, beim Zollamt Bad Schandau zur Abfertigung gekommen, damit ist die Obsteinfuhr per Wasser für diese Saison beendet. Die erste diesjährige Obsteinfuhr passierte Bad Schandau am 7. August. Trotz der teilweise geringen Ernte in Frühbirnen sind immerhin noch 156 Ladungen hereingekommen, die heute ausnahmslos für Berlin bestimmt waren. In anderen Jahren gingen verschiedene Rähne mit Dauerbirnen und Eiermärter Äpfeln nach Hamburg, wo das Obst alsdann, in Fässer verpackt, nach Uebersee (meist England) weiter verfrachtet wurde. Während früher das in Rähnen lose verladene Obst in der Hauptzeit (vom 1. September bis 30. November) zollfrei war, nur außer dieser Zeit 2 Mark für den Doppelzentner Zoll kostete, ist das Obst jetzt immer zollpflichtig. Der Zoll schwankt zwischen 4,50 bis 2 Mark für 100 Kg., so daß bei den in diesem Jahre in Frage kommenden 156 Rähnen mit einer Ladung von durchschnittlich je 85 000 bis 90 000 Kg. Obst immerhin für die hiesige Zollkasse mit annähernd 300 000 Mark Zolleinnahme zu rechnen sein wird. (Für einen mittleren Haushalt mit nicht zu verwöhnten Ansprüchen dürfte dieser Betrag längere Zeit ausreichen!)

— Der Arbeitsmarkt in Sachsen. Ueber die Arbeitsmarktlage berichtet das Landesamt für Arbeitsvermittlung: Das plötzlich eingetretene Frostwetter ist auf die Entwicklung der Außenberufe nicht ohne Einfluß. Namentlich das Baugewerbe erleidet eine große Anzahl Maurer und Bauarbeiter. Günstig hingegen bleibt im allgemeinen die Lage in den übrigen Industrie- und Gewerbezweigen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist von 24 405 am 15. Oktober d. J. auf 27 060 am 15. November d. J. gestiegen. Es ist also ein Zugang um 2655 Unterstützungsempfänger eingetreten. Hierzu treten noch 10 185 Krisenunterstützte und 6914 Notstandsarbeiter, so daß insgesamt 44 159 Personen am 15. Nov. 1927 aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge unterstützt werden. Am 15. Okt. d. J. wurden insgesamt 42 597 Personen unterstützt. In der Landwirtschaft hat sich die Lage gegenüber der Vorwoche kaum verändert. Der Bedarf an Arbeitskräften im Steinkohlenbergbau hält an. Während der günstige Arbeitsmarkt in der Glas- und Steinindustrie sowie in dem keramischen Gewerbe und in den Töpfereien fortlebt, macht sich in den Ziegeleien und für die ungelerten Arbeiterkräfte durch den Eintritt der kalten Jahreszeit eine Verschlechterung bemerkbar. Der Beschäftigungsgrad in der Metallindustrie und im Textilgewerbe kann größtenteils noch als günstig bezeichnet werden. Lebhaftige Nachfrage besteht für das Buchbindergewerbe, für das Frieseergewerbe und an Hausangestellten. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe und im graphischen Gewerbe liegen gute Beschäftigungsmöglichkeiten weiterhin vor. Für Bäcker und Fleischer im Nah- und Fernverkehr und Personal im Gastwirts- und Hotelgewerbe, sowie für Musiker, künstlerische Kunstkräfte und Schauspieler bieten sich nach wie vor nur kurzfristige Ausschüffe. So wie sich das Bekleidungs-gewerbe nicht mehr so aufnahmefähig wie in den Vorwochen erweist, sind auch die Beschäftigungsmöglichkeiten im Sattler- und Tapezierergewerbe nicht einseitlich. Die Vermittlungstätigkeit im Verkehrsgewerbe, und zwar vorwiegend die Einstellung von Zeitarbeitern durch die Reichspost und Reichseisenbahn besteht fort. Weiterhin unbefriedigt bleibt der Stelleneingang für kaufmännische und technische Angestellte. Die Unterbringungsmöglichkeit beschränkt sich lediglich auf jüngere Kräfte, und zwar tüchtige Stenotypistinnen und Verkäuferinnen.

— Heidenau. Transport eines Hauses. Wie wir schon oft auf Bildern oder Filmen sehen konnten, werden in Amerika ganze Häuser aufgeladen und nach einer anderen Stelle befördert. Daß dies auch bei uns möglich ist, konnte dieser Tage in Heidenau-Süd beobachtet werden. Dort wurde das photographische Atelier Rosenkranz samt allen Apparaten und sonstigem Inventar, welches sich darin befand, emporgewunden und in den Garten des anstößenden Grundstücks transportiert. Der 100 Meter lange Weg wurde in vier Tagen bewältigt und der Transport durch die hiesige Baufirma Alfred Demmler mit den modernsten Mitteln ausgeführt und glücklich vollendet.

— Rochlitz. 50-jähriges Bestehen der Landwirtschaftlichen Schule zu Rochlitz i. Sa. Eine der ältesten landwirtschaftlichen Lehranstalten Deutschlands, die Landwirtschaftliche Schule in Rochlitz, seit 5 Jahren auch verbunden mit einer Mädchenabteilung, feiert am 2. und 3. Dezember ihr 50-jähriges Jubiläum.

— Reichstädt bei Dippoldswalde. Brandstifter bei der Arbeit. Nachdem hier erst vor kurzem zwei gleichzeitig angelegte Brandherde noch rechtzeitig entdeckt und unschädlich gemacht worden sind, bemerkten jetzt wieder nachts heimkehrende Orts-einwohner eine brennende Kerze, die mitten im Stroh der Geister-schen Scheune stand. Durch rasches Eingreifen konnte das Licht entfernt werden, bevor das Stroh Feuer fing. Von dem Brandstifter fehlt bisher noch jede Spur.

— Oberhausen. Vermißt. Seit mehreren Tagen ist das beim Fahrradfabrikanten Th. Dürfel, hier, bedienstete Hausmädchen E. Seifert spurlos verschwunden. Man vermutet, daß der Vermißten ein Unglück zugestoßen ist.

— Bonidau. Eine schwere Explosionskatastrophe ereignete sich in unserem Orte. Im Gute 43 explodierte der Kessel der Dampfheizung, wodurch nicht nur großer Gebäudeschaden entstand, sondern auch zwei Personen, der Gutsbesitzer selbst und eine Magd, schwer verletzt wurden. Bei dem Versuche, die eingefrorene Dampfheizung wieder in Ordnung zu bringen, erfolgte die Explosion. Der Gutsbesitzer wurde zur Seite geschleudert und alles in der Küche befindliche Material wurde zertrümmert. Die Magd, die gerade hinausgehen wollte, erlitt schwere Verletzungen an den Beinen. Sie brach auf dem Hof zusammen. Die im selben Gebäude in dem oberen Stockwerke befindlichen zwei Mägde wurden unter Zuhilfenahme von Leitern gerettet. Diese Arbeit war erschwert durch die starke Qualm-entwicklung. Die Giebelwand des Gebäudes hat durch die Explosion einen großen Riß erhalten.

Letzte Drahtmeldungen.

Gefangenerevolte in einem kalifornischen Zuchthaus.

New York, 25. November. Im Zuchthaus zu Folsom in Kalifornien kam es zu einer Zuchthausrevolte, die bisher in ihrer Art beispiellos dasteht. Augenblicklich werden 2000 Zuchthäuser durch 500 Mann regulärer Truppen mit Maschinengewehren und leichter Feldartillerie belagert. Man nimmt an, daß bisher 9 Zuchthäuser und 2 Wärter getötet sind. 21 Zuchthäuser und 4 Wärter wurden verwundet. 8 unbewaffnete Wärter wurden von den belagerten Zuchthäusern als Geiseln inne behalten.

Die Revolte nahm folgenden Anfang: Um die Mittagszeit versammelten sich am Dankstag, dem höchsten amerikanischen Feiertag, im großen Saal des sogenannten Alten Zellenhauses, in dem nur Schwerverbrecher sitzen, ungefähr 1000 Gefangene, um einer Filmvorführung anlässlich des Feiertages beizuwohnen. Plötzlich ertönten an verschiedenen Stellen des Saales Pfeifensignale, denen tumultartige Szenen folgten. Die Verbrecher stürzten sich auf die im Saale anwesenden Wärter, die ohne Waffen waren, warfen sie zu Boden und entrißen ihnen die Schlüssel. Nun folgten unbeschreibliche Szenen. Weitere Gefangene schlossen sich den Aufständigen an, durcheilten mit wildem Lärm die Korridore, ließen die Treppen hinauf und besetzten die übrigen Gefangenen, so daß sich die Zahl der Rebellen allmählich auf 2000 erhöhte. Ein Trupp stürzte sich auf einen Seitensügel, wo hinter verschlossenen Türen Waffen aufbewahrt wurden. Die Zuchthäuser ergriffen Revolver, Gewehre und Maschinengewehre. Eine andere Abteilung eilte in das Büro des Gefängnisdirektors, um diesen gefangen zu nehmen. Der Direktor hatte noch Zeit, um sich mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen und Truppen anzufordern. Die Wärter eines anderen Zuchthausgebäudes, das auf der anderen Seite des Hofes liegt, die im ersten Augenblick vollkommen die Fassung verloren hatten, konnten gerade noch sämtliche Zellen ihres Gebäudes abschließen und das Haupttor

verbarrikadieren. Dann eröffneten sie vom Fenster aus das Feuer auf die im Hof befindlichen meuternden Zuchthäuser. Diese verbarrikadierten sich darauf im Alten Zellenhaus und gaben durch ein weißes Plakat bekannt, daß sie 8 Wärter als Geiseln zurückbehalten hätten. Inzwischen rückten auf Lastautos Truppen mit Maschinengewehren an, während das Zuchthauspersonal mit den Gefangenen verhandelte. Es kam dann zu der regelrechten Belagerung durch die Truppen.

Mit Tanks und Flugzeugen gegen die Zuchthausrebellien.

New York, 25. November. Die von der Zuchthausdirektion in Folsom angeforderten Truppen müssen mit Tanks und Flugzeugen gegen die meuternden Gefängnisinsassen vorgehen, da die Meuterer eine freiwillige Kapitulation abgelehnt haben. Auf beiden Seiten sind Tote und Verwundete zu verzeichnen. Nachdem die Truppen das erste Mal zurückgeschlagen waren, gingen sie, als Flugzeuge neue Maschinengewehre gebracht hatten, zu einem zweiten Angriff vor, mußten sich jedoch zurückziehen, nachdem sie Tränembomben ins Zuchthaus geworfen hatten. Die Truppen erwarten weitere Verstärkungen, um zu einem neuen Angriff zu schreiten.

20 Prozent Erhöhung der polnischen Bahntarife?

Warschau, 25. November. Wie verlautet, sollen die Eisenbahntarife der polnischen Eisenbahn nach einem neuerlichen Beschluß des Staatseisenbahnrates demnächst nicht um 10 Prozent, sondern um 20 Prozent erhöht werden.

§ Das Todesurteil gegen Straffer rechtskräftig. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts verwarf gestern die Revision des wegen Mordes zweimal zum Tode verurteilten Harburger Kaufmanns David Straffer.

Erfrorene Hände — erfrorene Füße.

Verhütung von Frostbeulen. Der Eintritt der Winterkälte birgt die Gefahr von Kälteschädigungen in sich, wie sie sich durch das Auftreten erfrorener Hände, erfrorener Füße, der sogenannten Frostbeulen usw. kundgeben. Daher erscheint es als zweckmäßig, sich rechtzeitig über die Frostschäden zu unterrichten.

Man unterscheidet im allgemeinen drei Grade der Erfrierung. Der erste gibt sich durch Rötung und Schwellung kund und erzeugt besonders in den Abendstunden bei Aufenthalt in geheizten Räumen oder in der Bettwärme starkes Jucken und Brennen. Diese Art von Frost wird gewöhnlich als „Frostbeule“ bezeichnet. Schwere Grade des Frostes führen zur Blasenbildung, bei deren Ausplatzen man im Volksmunde vom „Aufbrechen des Frostes“ spricht. Schließlich erzeugt eine sehr lange und starke Kälteeinwirkung den Frost dritten Grades, das Erfrieren des ganzen Körpers, wodurch unter Umständen, wenn nicht rechtzeitig geeignete, am besten ärztliche Hilfe kommt, der Tod eintritt.

Am häufigsten sind die sogenannten Frostbeulen, deren Hauptsitz Zehen und Finger sind. Frostbeulen kommen aber auch am Unterschenkel vor, und zwar dort, wo der Stiefelrand abscneidet. Ebenso kann Frost am Bein auftreten, wenn rund um das Bein herum feststehende Strumpfbänder getragen werden, die man gänzlich verbannen sollte. Ganz allgemein tritt gewöhnlich Frost da auf, wo Störungen des Blutumlaufes erzeugt werden, wie z. B. durch zu enge Stiefel oder Handschuhe, zu enge Strumpfbänder usw.

Wer einmal erfrorene Hände oder Füße gehabt hat, bei dem pflegt die Krankheit gewöhnlich alljährlich wiederzukehren. Von Frostkrankheiten können alle Altersklassen befallen werden. Ganz besonders neigen dazu schwächliche Menschen sowie solche, die an Tuberkulose, an Herzkrankheiten, Skrofulose usw. leiden. Die trockene Kälte ist dabei weniger gefährlich als nasse Kälte.

Als zweckmäßiger Schutz gegen Schädigung des Körpers durch Kälteeinwirkung sei folgendes empfohlen:

1. Man trage wollene warme Handschuhe und möglichst wollene Strümpfe, evtl. Ohrenklappen.
2. Das Schuhwerk sei bequem und lasse den Beinen einen genügenden Spielraum.
3. Wer gezwungen ist, besonders bei nasser Kälte sich lange im Freien aufzuhalten, der Sorge dabei für ausreichende Bewegung und vermeide längeres Stehen oder Sitzen.
4. Zweckmäßig ist gute, kräftige Ernährung und reichlicher Fettgenuß.
5. Rascher Übergang von Kälte zu Hitze und umgekehrt ist zu vermeiden.
6. Bei schwerer Erfrierung bringe man den Kranken in einen kühlen Raum, gebe mit erfrorenen Gliedern, die leicht brechen, besonders vorsichtig zu und Sorge hier, ebenso wie auch in allen leichteren Fällen, für sachgemäße ärztliche Behandlung.

Kubshüh. Die Gefahren des Schnees für Automobile. Ein Autounfall ereignete sich in Kubshüh. Ein von Lößau kommendes Personauto, das von einer Frau gesteuert wurde, geriet in Kubshüh in eine große Schneewehe, so daß die Räder ins Rutschen kamen und der Wagen sich in Querrichtung stellte. Er prallte dann gegen einen Gartenzaun und kippte in den davor befindlichen Graben, der mit Schnee überweht war, um. Die Frau trug eine erhebliche Kopf- und Halsverletzung davon, ihr mitfahrender Gatte erlitt eine Brustquetschung. Sofort herbeigeeilte Leute befreiten die Verletzten aus ihrer gefahrvollen Lage.

Blauen. Kommt ein strenger Winter? Große Schwärme von Schneegänzen wurden über unserer Stadt beobachtet. In Kleinfriesen ließ sich am Dienstag früh zwischen 6 und 7 Uhr ein Schwarm dieser Vögel in der Nähe des Teiches nieder. Das frühe Erscheinen der Schneegänze, die aus den nordischen Ländern zu uns kommen, wird im Volksglauben dahin gedeutet, daß mit dem baldigen Beginn eines strengen Winters zu rechnen ist.

Blauen. Zwei Flugzeuge notgelandet. Am 22. November, nachmittags, sind bei Tauna und auf Schilbader Flur das Flugzeug München-Berlin und das Flugzeug Berlin-München infolge starken Nebels, der jede Sicht nahm, notgelandet. Die Mitfahrer und die Post wurden durch Autos nach Blauen gebracht. Das Flugzeug 782 München-Berlin hat Schaden am Propeller und an den Rädern erlitten und muß abmontiert werden. Das andere Flugzeug wird, sobald sichtige Witterung eingetreten ist, nach Leipzig zurückkehren.

Unfälle durch Schnee und Nebel.

Burgen. Ein von Eisenburg nach Burgen fahrender Kraftomnibus blieb unweit der preußischen Grenze bei Thallwitz in einer Schneewehe stecken. Die Insassen mußten bei Schnee und Kälte ihren Weg zu Fuß fortsetzen. Einige leicht beladene Insassinnen zogen es vor, nach Thallwitz zurückzukehren.

Baun. Am Montagnachmittag fuhr der Personenzug 2716 kurz vor der Haltestelle Dörghausen mit einem Auto aus Senftenberg an dem unbewachten Bahnübergang des Dorfes Dörghausen zusammen. Der Wagen wurde stark beschädigt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Falkenstein. Beim Bahnübergang am Bahnhof Elfeld stieß Mittwochnachmittag infolge dichten Nebels ein Lastkraftwagen einer hiesigen Firma mit einer leerlaufenden Lokomotive zusammen und wurde vollständig zertrümmert. Der Eigentümer, Fabrikbesitzer Nagle aus Elfeld, kam wie durch ein Wunder ohne größere Verletzungen davon. Er behauptet, daß die Schranke nicht geschlossen gewesen sei.

Eingefandt.

Erwidern.

Die Sächsische Elbzzeitung brachte in Nr. 266 vom 14. November 1927 unter der Überschrift „Stimmen aus dem Leserkreis“ einen Artikel über angeblich unkorrekte Behandlung von Unterstützungsempfängern und Wohnungsuchenden. Sowohl der Stadtrat, als auch die in Frage kommenden städtischen Ausschüsse haben sich mit den Ausführungen in diesem Artikel eingehend beschäftigt. Die Feststellungen haben ergeben, daß die geschilderten Vorgänge den Tatsachen in keiner Weise entsprechen.

In den Einleider des Artikels richten wir deshalb die Auf-forderung, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Gleichzeitig greift auch an diejenigen Unterstützungsempfänger und Wohnungsuchenden, die sich durch die Behandlung der in Frage kommenden Stellen benachteiligt fühlen, die Bitte, beim unterzeichneten Stadtrat hierüber unter Angabe der näheren Umstände Beschwerde zu erheben, damit diese Fälle geprüft werden können.

Der gesamte Stadtrat erkennt im vollsten Maße die Notlage der Unterstützungsempfänger, insbesondere der Klein- und Sozialrentner an und ist jederzeit bestrebt, deren Los zu mildern, soweit es in seinen Kräften steht. Er erklärt aber auch ausdrücklich, daß er an die bestehenden Gesetze und Bestimmungen gebunden ist, und nur im Rahmen dieser Vorschriften seine Entschlüsse treffen kann. Es wird gebeten, auch in dieser Beziehung das Maß der Kritik in loyaler Weise einzustellen.

Bad Schandau, am 24. November 1927.

Der Stadtrat,
 Heidrich,
 stellv. Bürgermeister.

Gedenket der hungernden Vögel

Wasserstand im Monat November.

Da-tum	Moldau		Eger		Elbe					
	Bud-weiß	Mo-dran	Jung-bunz-lau	Lam	Nim-burg	Met-nit	Leit-meritz	Auf-sig	Dres-den	Bad-Schan-dau
24.	-104	-38	+13	+10	+6	+30	+74	-7		-133
25.	-108	-60	+10	+6	+28	+46	+65	+1	-138	-131

Anmerkung: Ein plus bedeutet über 0, ein minus bedeutet unter 0.



Weitere Nachforschungen nach dem Dippelsdorfer Mörder
 wurden u. a. auch in Berlin unter Leitung des Polizeihauptmanns Vogel (Dresden) im Verein mit Beamten der Berliner Mordkommission vorgenommen. Es konnte festgestellt werden, daß sich Dietrich und die ermordete Schönberg am 8. November in einem Hotel in der Nähe des Stettiner Bahnhofes eingemietet hatten, wo sich beide als Ehepaar bezeichneten. Der 8. November war der Geburtstag der Schönberg. Sie benutzte die Anwesenheit in Berlin, am fraglichen Tage von dort aus Kartengrüße nach Bautzen zu senden. Es ist aber auch weiter festgestellt worden, daß sich das Paar in der Gegend von Mühlsberg und Merseburg, sowie in Meissen aufgehalten hat. In Berlin, und vornehmlich in der Gegend des Stettiner Bahnhofes wurden regelrechte Sireizüge unternommen, die aber erfolglos waren. Nicht unerwähnt sei, daß die letzte Dresdner Strafe, die Dietrich als Einschleichehdieb erhalten hatte, ein Jahr einen Monat Gefängnis betrug. Mit Bewährungsfrist vorzeitig entlassen, hatte er sich aber in der späteren Zeit schlecht geführt, wie weitere verübte Diebstähle und das begangene Mordverbrechen erkennen lassen.

Haftentlassung des Barons Edgar v. Reichröder.

In später Nachmittagsstunde des Donnerstag wurde Baron Edgar v. Reichröder gegen eine Sicherheitsleistung in Höhe von 10 000 Reichsmark wieder in Freiheit gesetzt und von seinem Verteidiger Dr. Wilhelm, dem vormaligen sächsischen Wirtschaftsminister, persönlich im Untersuchungsgefängnis abgeholt. Der Verteidiger hatte zuvor eine mehrstündige Besprechung mit den hier in Betracht kommenden gerichtlichen Stellen. Der für Freitag bereits angeetzte Termin vor dem Amtsgericht Dresden, Abteilung V, wo über die beantragte Haftentlassung verhandelt

werden sollte, ist damit wieder in Wegfall gekommen. Man darf gespannt sein, wie sich diese Angelegenheit noch einmal klären wird.

Diebstähle in der Dresdner Umgebung.

In Cunnersdorf bei Helsenberg und in Reichendorf bei Schönfeld wurden in den letzten Tagen zwei überaus dreiste Diebstähle ausgeführt. Im erstgenannten Falle drang ein noch nicht ermittelter unbekannter Radfahrer mittels Sperrzeuges in die Wohnung einer kinderreichen Familie ein, durchwühlte alle Behältnisse und erlangte dabei 80 Mark Bargeld. Der andere Diebstahl gelangte zur Ausführung, während die Bewohner des betreffenden Grundstückes im Stalle beschäftigt waren. In diesem Falle entwendete der etwa in der Mitte der zwanziger Jahre stehende Einschleichehdieb verschiedene Kleidungsstücke, Schuhe und Schmuckgegenstände.

Aus der Tschechoslowakei.

Drei ganze Hasen

wurden, wie aus Nordböhmen gemeldet wird, im Kreisbistaler Reviere während der diesjährigen Jagdzeit abgeschossen. Gegen die früheren Jahre, und zwar 1925 und 1926, bedeutet das einen Rückgang des Hasenabstusses um 1000, bzw. 800 Prozent. Der Hasenbestand in Nordböhmen hat nicht nur in diesem engeren Gebiete, sondern im allgemeinen eine starke Dezimierung erfahren. Auch in den Jagdrevieren der Auffer Gegend treten die Hasen nur noch „vereinzelt“ auf. Es werden von Jahr zu Jahr trotz aller Schonung weniger. In Weidmannskreisen, in denen man nach einer Erklärung dieses Rückganges sucht, wird die Ansicht vertreten, daß über das Geschlecht der Hasen eine

Seuche gekommen sein müsse, die sie ausrottet. In demselben Maße, wie die Zahl der Hasen abnimmt, nimmt die Zahl des Federviehes, der Reb- und Birkhühner, zu.

Einbruch in eine Ruine.

Böhm.-Kamitz. Die Schloßberggrüne, die zumeist nur Sommers über bewirtschaftet wird, wurde kürzlich von Dieben heimgesucht. Die Eindringlinge gingen gewalttätig zu Werke und schlugen, von der Südseite her vordringend, ein 40 Zentimeter großes Loch in die Ziegelmauer, durch das sie nach Sprengung von zwei Türen in den Ritteraal und in die Küche gelangten. Alle Kisten wurden aufgebrochen und aufgerissen und die in ihnen enthaltenen Gegenstände durcheinandergeworfen. Die Diebe, nach den im Schnee gefundenen Spuren jugendliche Personen, nahmen zum Schaden des Bergwirts Sachen im Werte von einigen hundert Kronen mit sich.

Arbeiter und Angestellte.

Saarbrücken. (Beilegung des Streiks in der Saarländischen Schwerindustrie.) Die Regierungskommission hat den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen mitgeteilt, daß es ihr gelungen sei, die Arbeitgeber zur Annahme des Schiedsspruchs zu bewegen. Da der Streik von den Organisationen nur die Durchführung des Schiedsspruchs zum Ziel hatte, so fällt mit einer Annahme durch die Arbeitgeber der Grund zur Fortführung des Streiks fort und die Organisationen haben ihren Mitgliedern die Aufnahme der Arbeit empfohlen.

Paris. (Straßenkündigung französischer Arsenalarbeiter.) Etwa 1000 der in den Marinearsenalen von Lorient beschäftigten 3000 Arbeiter haben an einer kommunistischen Straßenkündigung zur Durchsetzung von Lohnforderungen teilgenommen.

Saxonia-Lichtspiele Bad Schandau

Ab Freitag nur bis mit Montag abends 8 Uhr. Sonntag 1/2 6 u. 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr große Kinder-Vorstellung mit vollem Programm. — Eintritt 40 Pfg. Die große Premiere des entscheidenden deutschen Großfilms, der den Welterfolg der „Fischer-Chiffel“ noch weit übertreffen wird

Ein Mädel aus dem Volke

Kaiser Josef und die Schusterstochter Ein Volksstück, ein filmhistorisches Meisterwerk von Walter Reisch. — In der Hauptrolle

Harry Liedtke der Unwiderstehliche, Beglückende, Elegante, Charmante als Kaiser Josef II., Xenia Desni, Livio Pavanelli u. a. m.

Dazu großes Beiprogramm Bobby u. der Druckfehlerteufel Kulturfilm: Der Fels im Meer Emelka-Woche. — Zu diesem ausserwählten Film verstärkt. Kapelle, nummerierte Plätze

Lichtspiele Wendischfähre nur Sonntag abds. 1/2 9 Uhr

Neu aufgenommen

Puppenwagen und **Steppdecken** dazu pass.

la. Ausführung

Moderne Formen in aparten Farben

Billigste Preise — Reiche Auswahl — Teilzahlungen gern gestattet

Heinrich Eckardt & Sohn

Seidene Selbstbinder und Krawatten sowie seid. Herrenschafts

empfehlen in den neuesten Modefarben

Martin Schnabel, Zaukenstraße

Beginnen

Sie sobald als möglich mit Ihrer Weihnachtsreklame durch wirkungsvolle Anzeigen in der Sächsischen Elbzeitung.

Gie

werden sich dadurch entlasten, indem sich der Einkauf nicht die letzten Tage vor dem Feste zusammendrängt und

baldigst

mit der Anschaffung der Geschenke begonnen werden wird. Dies liegt wiederum im eigensten Interesse unserer geschätzten Leserinnen und Leser, da naturgemäß anfangs in den Geschäften reichlichere Auswahl vorhanden ist. Die 1 spaltige Anzeigenzeile kostet nur 20 ¢ Bei 3-5 mal. Wiederholung gewähren wir 10 Proz., bei 6-12 mal 15 Proz. Rabatt

Feinste

Pökelbraten

empfiehlt

Emil Müller

Hotel Elbschlößchen, Krippen

Sonnabend, den 26., und Sonntag, den 27. November

Gr. Schlachtfest

Von 11 Uhr an Wellfleisch, später Bratwürste u. Münchener Schlachtschüssel. Abends Schweinsknochen mit Kloß und Kraut. Es laden ergebenst ein Langenberg u. Frau

Zum Weihnachtsfest

empfehle: **Echt**

Nürnberger Lebkuchen

von Hüberlein-Metzger Geschenkartikel von einfachster bis zur elegantesten Ausführung Baumbehang in Schokolade und Keksgleichzeitig empfehle ich mein reichhaltiges Lager in Kakao, Schokolade, Pralinen, Tee Schokoladen-Spezial-Geschäft

Alwine Hoffmann

gegenüber der Kirche Bitte um Beachtung meiner Schaufenster

Schöne Höhe

Ditrau

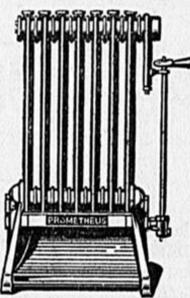
Sonntag, den 27. November

Schlachtfest

Von 10 Uhr an Wellfleisch, später sämtl. Schlachtfestspezialitäten

ff. Doppelbod, selbstgebadene Pfannkuchen

Es laden ergebenst ein A. Heckel und Frau



Die billigste und sauberste Heizung ist die **Gasheizung** Kein Ruß — Keine Asche Sie haben sofort ein warmes Zimmer — Stets betriebsbereit — Wir liefern solche Defen für jede Raumgröße und zu jeder Preislage. Bei einem bestimmten Gasverbrauch gewähren wir ganz erhebliche Rabatte. Heiz- u. Badefen müssen stets m. einem Abzug versehen sein. Auskunft u. Pat erteilt das

Stadtgeschäft Poststrasse **Gaswerk Bad Schandau**

Wittelsbacher Bierstuben

Dresden-Alt., Moritzstraße 10

Gutbürgerl. Speiseraubant

Reichhaltiger Mittags- und Abendtisch zu kleinen Preisen

Echte Biere Gutgepflegte Weine

— Täglich Künstler-Freikonzert — Inh. Fritz Koppay

Doppelkopf-Turnier

Sonnabend den 26. November 1/2 8 Uhr im

Erbgericht Porschdorf

Sprechapparate und Schallplatten kaufen Sie am vorteilhaftesten bei

R. Hajek

Bad Schandau, Kirchstr. Spezialgeschäft für Sprechapparate u. Schallplatten Steter Eingang neuester Erzeugnisse / Reiche Auswahl



Bier- und Speisehaus Dresden, Schloßstraße 23 **Auswahl echter Biere** Reichhaltige Mittag- und Abend-Speisefarte Inh.: Gustav Danke

Guterhaltene Zeitungen Nr. 266

werden zurückgekauft Sächsische Elbzeitung

Schreibstisch Balustrade **Waschwannen** und Waschgeseire zu verkaufen **Villa Emma**

Drucksachen aller Art

liefert schnellstens die Buchdruckerei

Sächsische Elbzeitung

Spielplan des Residenztheaters Dresden. Sonntag, den 27. Nov., bis Sonntag, den 4. Dez., 1/2 8 Uhr: „Jungfer Sonnenschein“, außerdem Sonntag, 27. Nov., Mittwoch, Sonnabend, Sonntag, 4. Dez., 1/2 4 Uhr: „Rübezahl“, kleine Preise.

Kirchliche Nachrichten.

Stadtkirche zu St. Johannis, Bad Schandau. Am 1. Advent vorm. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Gotthardt; 11 Uhr Kinderlehre für alle Kinder im Gemeindefaal: Pfarrer Giebner; nachmittags 3 Uhr Sitzung des Gustav Adolf-Zweigvereins im „Lindenhof“. Montag nachm. 4 Uhr Vorstandssitzung des Frauenvereins Bad Schandau im Gemeindefaal. — Dienstag abends 8 Uhr Jungmädchenverein im Kindergarten. — Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde in Pöfelwitz, Nr. 33: Pfarrer Giebner, desgl. abends 8 Uhr Jungmädchenverein im Gemeindefaal. **Parochie Pöfelwitz.** 1. Advent, 27. November, 1/2 9 Uhr Beichte, 9 Uhr Predigtgottesdienst, 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch, den 30. November, 8 Uhr Bibelstunde. **Parochie Reinhardtshain.** 1. Advent, 27. Nov., 1/2 10 Uhr Gottesdienst, 1/2 11 Uhr Konfirmanden-Gottesdienst in Reinhardtshain. Dienstag, den 29. November, abends 8 Uhr Bibelstunde in Reinhardtshain.

Katholische Marienkapelle Bad Schandau. Sonntag vorm. 7/2 Uhr Beichte, 1/2 10 Uhr Predigt und Hochamt, daran anschließend Adventsandacht. — Wochentags hl. Messe 1/2 8 Uhr.

Die Hygiene der Milch liegt in der Gewinnung!



STEHT UNTER STÄNDIGER STALLKONTROLLE.

Deutsche Zentralasiene Expedition.

Nach einem Telegramm aus Yerkand (chinesisch-Turkestan) ist es der deutschen Zentralasiene Expedition unter Leitung von Dr. Trinkl-Bremen geglückt, das 5000 Meter hohe Lapang-Plateau zwischen Karakorum und Kuen-Lun zu durchqueren und die Stadt Jarland am Rande der Talla-Malan-Wüste wohlbehalten zu erreichen.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Neuer Fehlstart des D 1230.

Ein zweiter Startversuch nach Habourg Grace, den D 1230 gestern abend von Horia aus unternahm, verlief ebenso ergebnislos wie der letzte. Das Flugzeug war zu schwer, um sich in die Luft zu erheben.

Wieder normaler Wasserstand der Unterelbe.

Hamburg, 24. November. Nachdem der seit einer Woche heerrisende Ostwind abgeflaut ist, haben sowohl die Elbe, als auch deren Nebenflüsse wieder einen normalen Wasserstand zu verzeichnen.

Vier Schwerverletzte bei einer Knallgasexplosion.

Berlin, 24. November. In einer Feuerwerksfabrik in Müdersdorf bei Berlin ereignete sich heute eine schwere Knallgasexplosion, bei der 4 Arbeiter und Arbeiterinnen bedeutliche Verletzungen erlitten.

Zum Unfall Dr. Wirths.

Berlin, 24. November. Reichskanzler a. D. Dr. Wirth hat sich heute einer Röntgenuntersuchung unterzogen, die ergab, daß keine Knochenpflückerung des ausgeknickten Ellbogengelenkes vorliegt, so daß mit einem schnellen Fortschritt der Besserung zu rechnen ist.

Die Auszahlung der neuen Gehälter.

Berlin. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Harmony (Dn.) im Haushaltsausschuß des Reichstages, bis wann die Besoldungsvorlage verabschiedet sein müsse, um eine Auszahlung der neuen Gehälter bis Weihnachten zu ermöglichen, erwiderte Ministerialdirektor Lothholz: Mitte Dezember.

Das Urteil im Breslauer Aufruhrprozess.

Breslau. Im Aufruhrprozess wurde jetzt das Urteil gefällt. Wegen Beteiligung an Erwerbslosenaufbruch vom 21. September wurden verurteilt: zwei Angeklagte zu je einem Jahr vier Monaten Gefängnis, ein Angeklagter zu neun Monaten Gefängnis, ein Angeklagter erhielt eine Geldstrafe von 100 Mark, sämtlich wegen Vergehens gegen die Polizeiverordnung betr. Aufruf.

Die zweite Ehe der Prinzessin Eitel-Friedrich.

Rasche. Herzogin Sophie Charlotte von Oldenburg, die in erster Ehe mit dem zweiten Sohn des früheren Kaisers, Prinz Eitel-Friedrich, verheiratet war und geschieden wurde, ist mit dem Rittermeister a. D. Harald von Hedemann in Rasche verheiratet worden. Der Rittermeister ist acht Jahre jünger als

seine Gattin. Vor dem trüben Gau die Prinzessin Eitel-Friedrich als die zweitreichste deutsche Prinzessin überhaupt.

Fürst Alfred Windisch-Grätz gestorben.

Wien. Der ehemalige österreichische Ministerpräsident Alfred Fürst zu Windisch-Grätz ist auf seiner Besitzung in Niederösterreich im Alter von 76 Jahren gestorben.

Eisbruchkatastrophe in der Mandschurei.

Paris. Wie die Agentur Indopacifique aus Charchin berichtet, sind beim Eisbruch auf dem Meer in der Gegend von Man Schu 21 100 Chinesen und zwei Russen infolge Eisbruchs ertrunken.

Ein ungarischer Militärattaché für Berlin.

Budapest. Der Reichsverweser hat den Generalkonsulobersten Stojakowits zum Militärattaché bei der ungarischen Gesandtschaft in Berlin ernannt.

Die Fristen bei Rechtsbeschwerden in Steuerjahren.

Finanzämter und Finanzgerichte sind gern geneigt, Einsprüche und Beschwerden wegen Fristveräumung glatt abzulehnen, selbst wenn die Veräumung nur nach Stunden zu bemessen ist. Gegen eine derartige Ueberbegriffung des Begriffs der Fristveräumung hat sich vor einiger Zeit sogar der Reichsfinanzhof gewandt.

Ein Steuerpflichtiger hatte am Tage des Ablaufs der Frist für die Einlegung der Rechtsbeschwerde um 5 1/2 Uhr nachmittags dem Pförtner des Finanzamtes seinen Schriftsatz übergeben, der indes dem zuständigen Beamten erst am nächsten Tage vorgelegt werden konnte, da die Dienststunden des Finanzamtes bereits um 4 Uhr zu Ende waren. Hieraus konstruierte das Finanzgericht eine Fristveräumung und wies die Beschwerde glatt ab mit der Begründung, daß der Beschwerdeführer, selbst wenn er dem Pförtner erklärt habe, daß es sich um eine Fristsache handle, doch ein Verschulden treffe, weil er die Rechtsbeschwerde erst am letzten Fristtage eingereicht habe.

Arbeitsgemeinschaft der sächsischen Jäger.

Von der Sächsischen Jagdkammer e. V. Dresden geht dem L. A. nachstehende Mitteilung zu: Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen hat dem Anschluß der Jagdkammer und damit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zugestimmt. Da in der Jagdkammer der weitaus größte Teil der sächsischen Jäger vereinigt ist, wird durch ihren Anschluß an die

Landwirtschaftskammer, der gesetzlichen Vertretung der Landwirte, aber auch der eng mit der Landwirtschaft verbundenen Jagd eine immer engere, erproblichere Zusammenarbeit gewährleistet, von der sowohl die Jäger, wie auch die Landwirte großen Nutzen ziehen werden. Auf dem Wege zu einer gesetzlichen Zwangsorganisation aller Jäger, dem Zukunftstraume so vieler Weidmänner, denen an der Erhaltung eines gesunden Wildstandes gelegen ist, bedeutet dieser Zusammenschluß einen wichtigen Schritt vorwärts.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 24. November. Der Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung erstmalig mit dem Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes. Minister des Innern Dr. Apel begrüßte kurz den Entwurf und wies insbesondere darauf hin, daß er den Forderungen der Reichstagenkonferenz entspreche. Die gesamte Polizeilaufbahn, auch die in den Gemeinden, solle einheitlich gestaltet werden. Die Polizei werde ihres militärischen Charakters entkleidet; der Beamte solle künftig in seinem Berufe seine Lebensbetätigung finden können.

Der frühere sächsische Polizeiminister Abg. Liebmann (Soz.) meinte, durch das neue Gesetz werde an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden. Er forderte Beteiligung der Vereinsten und der Sonderrechte der Offiziere. Den Hauptinhalt seiner Ausführungen bildeten Beschwerden über die Verhältnisse bei der Polizei und über die Maßnahmen seines ehemaligen Parteifreundes, des jetzigen Polizeipräsidenten Kühn.

Der deutschnationale Redner Abg. Siegert bezeichnete dieses Vorgehen Liebmanns gegen Personen, die sich hier nicht verteidigen könnten, als unfair. Mit dem Entwurf erklärte er sich im allgemeinen einverstanden. Der Entwurf werde eine wesentliche Besserstellung der Polizeibeamtenschaft herbeiführen. Für die Polizeioffiziere forderte er die Abiegung der Abiturientenprüfung.

Der kommunistische Abg. Kerner lehnte natürlich wie kein sozialdemokratischer Genosse den Entwurf ab, der keinen anderen Zweck habe, als eine militärisch organisierte Polizei der Arbeiterschaft entgegenstellen zu können. Der Sozialist Bette nahm zunächst den Polizeipräsidenten Kühn gegen die wider ihn erhobenen Angriffe in Schutz. Die Vorlage bezeichnete er als einen Fortschritt. Besondere Wünsche würden seine Freunde im Ausschusse vorbringen. Vor allem dürfe den Offizieren keine Sonderstellung eingeräumt werden.

Abg. Dr. Gelfert (Dp.) begrüßte die Vorlage, durch die die Regierung bemüht gewesen sei, den Wünschen der verschiedenen Polizeibeamtenorganisationen im Rahmen des Möglichen zu entsprechen. Auch Abg. Dr. Dehne (Dem.) bezeichnete den Entwurf als eine geeignete Grundlage für ein Polizeibeamtengesetz, nur vermisse er in ihm eine Regelung der Rechtsverhältnisse der weiblichen Polizei.

Die Vorlage und der Antrag wurden danach an den Rechtsausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 30. November, nachmittags 1 Uhr.

Der grosse Karner



ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

Urheberrechtsschutz durch Verlag Oskar Meißner in Werdau (Sa.)

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aller Augen ruhten auf dem Wehler-Kurt.

Er hatte sich wieder ausgerafft. Fieberhaft arbeiteten seine Gedanken. Er suchte trampfhaft nach einem Ausweg. Sah nach dem Tisch, nach der Tür.

Er wollte fort . . . wollte fort . . . und war doch gebannt, gelähmt. Wie eine gefangene Maus lief er hinter dem Büfett herum.

Und kam zu Karner an den Tisch.

Hallenbach staunte. Wieder war es das alte Spiel. Karners Wille kannte einen Menschen.

„Sehen Sie sich!“ sagte Karner ruhig.

Der junge Mann nahm zitternd Platz. Da schrie einer vom Nebentisch, ein Hüne von Gestalt, und schlug auf den Tisch: „Was hast du mit dem Wehler-Kurt? Bist du ein Spitzel?“

Schon wollte das Wort Echo finden, da drehte sich Karner um und sah den Sprecher an.

„Ich bin Martin Karner und will von dem Mann wissen, wer ihn für den Mord an mir bezahlt hat. Vor einer Stunde hat der „lange Max“ in seinem Auftrag versucht, mich zu ermorden.“

Da ward Stille im Raum.

Sie traten näher an den Tisch Karners. Seine Persönlichkeit wirkte, setzte sich mit einem Schlage durch.

Dicht umdrängten sie den Tisch, Alte und Junge, Männer und Weiber, Gute und Schlechte.

Der junge Büfettier zitterte, als Karner seine erbarmungslosen Augen auf ihn richtete.

Ruhig und sachlich fragte Karner wieder: „Wer hat Sie zum Mord beauftragt?“

Der Verbrecher wurde fahler. Sein Unterkiefer zitterte. Er wehrte sich gegen die Kraft, die auf ihn einströmte, aber sein Wehren war schwach, denn Karners plötzlich Eröffnung hatte ihn fast wehrlos gemacht.

Er schwieg noch.

Karner fuhr fort: „Mein Lebenswerk dient dem Volke. Ich will helfen, daß es allen besser geht, und du verräst um verfluchtes Geld deine Brüder! Hast du nicht bedacht, daß du Tausenden und Abertausenden armen Teufeln Schaden machst, nur damit du mit dem verfluchten Geld in der Tasche deinen Geflüsten nachgehen kannst?“

In Karners Worten war ein so tiefer Ernst, daß alle wie gebannt standen. Vielleicht war in ihnen allen das Gefühl, daß ein großer, überragender Mensch, einer, der es ernst nahm, der voll Güte und Menschlichkeit steckte, unter ihnen weilte. Einmal ein ganzer wahrhaftiger Mensch.

Sie empfanden Ehrfurcht vor ihm, und gegen den eigenen Genossen ihrer Schande wuchs in ihren Seelen der Haß.

„Wer bezahlt dich?“

Das war Karners letzte Frage.

Er wartete, und nach wenigen Minuten gestand der Verbrecher.

„Ein Fremder war es“, sagte er. „Er hat mir seinen Namen nicht genannt. Heute Nacht wollte er kommen.“

„Und das Blutgeld bringen!“ sagte Karner so hart, daß der junge Verbrecher zusammenfuhr.

Er nickte gesenkten Hauptes.

„Es ist gut!“ sagte Karner unter atemloser Spannung der Gäste. „Ich will auf ihn warten . . . und mit ihm reden. Hüten Sie sich, ihm ein Zeichen zu geben. Ich werde Sie dann nicht laufen lassen.“

Und sie warteten.

Minute um Minute verging, und die Spannung unter den Wartenden wuchs, wurde drückend.

Da öffnete sich die Tür und ein großer, breitschultriger Mann trat ein. Er schritt zum Büfett und sah Wehler fragend an. Der wurde verwirrt und machte eine Handbewegung.

Erstaunt drehte sich der Fremde um.

Karner stand vor ihm.

Als ihn der Ankömmling erblickte, schrak er zurück. Die Knie zitterten ihm, und der letzte Blutstropfen verließ sein Antlitz.

Er hatte Karner erkannt, und er wußte, daß er verspielt hatte.

Es war Totenstille im Raum, als Karner sprach: „Warum wollten Sie mich ermorden lassen?“

Der Mann vergrub sein Gesicht in beide Hände.

Er antwortete nicht. Karner wiederholte seine Frage. Härter wurde seine Stimme, so daß sein Gegenüber zusammenfuhr.

Aber er schwieg weiter.

Karner nahm seine Uhr und legte sie auf den Tisch.

„Ich warte eine Minute. Wenn ich bis dahin keine Antwort habe, dann zwingen Sie mich, Sie den Gerichten zu übergeben.“

Da sprach der Mann. Stoßweise kam es heraus aus leuchtender Brust.

„Sie . . . vernichten . . . die Existenz . . . von 500 000 Bergarbeitern.“

„So! Wissen Sie das? Meine Erfindung macht keinen Menschen brotlos. Sie wird neue Arbeit schaffen, wird helfen, daß Hunderttausende neue Arbeit finden.“

Der Mann schwieg gesenkten Hauptes zu Karners Worten.

„Haben Sie nicht daran gedacht, daß Sie die ganze Welt betrügen, wenn Sie mich tödlich lassen?“

Karner sprach tiefer und eindringlicher weiter. Er rief das Gewissen in dem Manne wieder wach.

„Ich will Sie laufen lassen, wenn Sie mir den Namen Ihres endgültigen Auftraggebers hier auf dieses Blatt Papier schreiben.“

Ich werde auch gegen ihn nichts unternehmen, aber ich muß wissen, wer gegen mich kämpft.“

Nach wenigen Augenblicken hatte er den Namen.

„Gehen Sie!“ sagte dann Karner. Der Ton seiner Stimme war härter geworden, als er den Namen gelesen hatte. Wegwerfend sprach er, und es wirkte auf den Mann wie ein Peitschenhieb. Blutröt ward mit einem Male das ehemals so blasse Gesicht.

„Herr Karner!“ bat er mit heiserer Stimme. „Schicken Sie mich nicht so fort. Lassen Sie mich wieder gutmachen!“

Hart antwortete Karner: „Verlangen Sie nicht, daß ich einem so . . . kaltblütigen Mordgesellen noch Vertrauen entgegenbringe.“

Ja, wenn Sie selber ein Bergarbeiter wären, den die Angst um die eigene Existenz und die der Kameraden zu diesem wahnwitzigen Schritte getrieben hätte! Einem solchen irreführenden Menschen könnte ich alles verzeihen. Aber Sie taten es ja nicht für die Bergarbeiter . . . sondern für die Bergherren.“

Da schlich der Verbrecher hinaus.

Kurz nach ihm zahlte Karner und verließ mit Hallenbach den „Pommerschen Keller.“

Sie schritten schweigend die menschenleere Straße hinunter. Karner war tief in Gedanken versunken.

Als sie nach einer halben Stunde im Auto saßen, sagte Karner ernst: „Das war der erste Streich, der gegen mich geführt wurde. Es ist nicht der letzte. Aber ich glaube fest an mein Schicksal. Und . . . wie soll ich Ihnen danken, lieber Freund Hallenbach.“

Der Hüne wurde rot wie ein Rind.

Am nächsten Vormittag begab sich Karner mit Hallenbach zu der Tagung der Bergherren.

Den Vorsitz führte Herr Tymorjen, einer der größten Bergwerksbesitzer in Deutschland. Er begrüßte Karner und Hallenbach mit herzlichen Worten und schilderte die Besorgnis, die in ihren Reihen entstanden sei. Karners große Erfindung trage, so führte er aus, die Gefahr einer fast völligen Ausschaltung der Kohle in sich.

Er kam dann darauf zu sprechen, daß ihm Herr Storm-Naugardt Andeutungen gemacht habe, aus denen er entnehme, daß sich Herr Karner schon mit der Frage der Abwendung dieser Gefahr beschäftigt habe, und er bitte darum Herrn Karner, sich auszusprechen.

Karner ergriff das Wort.

„Meine Herren!“ begann Karner ohne Einleitung. „Sie können Ihre Befürchtungen zurückstellen. Mein Strom wird zwar die Kohle als Heizmittel ausschalten, aber mein Strom wird auch dazu dienen, Ihre Kohle in Öl und viele andere chemische Produkte umzuwandeln. Mein Strom ermöglicht dies mit so geringen Kosten und so einfachen Mitteln, daß Deutschland in der Lage sein wird, den Weltmarkt an sich zu reißen.“

Ein Ruck ging durch die Versammlung bei den Worten des großen Erfinders. Sie starrten ihn wie hypnotisiert an. Unfassbar erschien ihnen, was er sagte.

(Fortsetzung folgt.)

Das Reichsehrenmal.

Drei Wünsche werden erfüllt.

Die Frage der Errichtung eines Reichsehrenmals für die im Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten, die im vorigen Jahre zu lebhaften Erörterungen Veranlassung gab, ist jetzt wieder aufgetaucht und soll eine überraschende Lösung finden. Man erinnert sich, daß seinerzeit eine große Mehrheit des deutschen Volkes dafür eingetreten war, daß das Ehrenmal bei Verfa in der Nähe von Weimar errichtet werde. Daneben gab es aber ansehnliche Minderheiten, die anderen Plänen das Wort redeten. Das preussische Ministerium und andere trafen für die Reichshauptstadt als Stätte des Ehrenmals ein, während man im Rheinland sich das Ehrenmal für die Rheingegend wünschte.

Nun hat dieser Tage das Reichskabinet sich von neuem mit der Ehrenmalsfrage beschäftigt und Beschlüsse gefaßt, die allen Wünschen gerecht werden wollen. Verfa bleibt nach wie vor für das „eigentliche“ Reichsehrenmal in Aussicht genommen, aber Verlin und der Rhein sollen darum nicht zu kurz kommen: in Verlin soll die ehemalige Hauptwache unter den Linden zu einer Gedächtnishalle umgestaltet werden und der Rhein soll wahrscheinlich bei Ehrenbreitstein gleichfalls sein Ehrenmal bekommen, aber erst dann, wenn er ganz frei sein wird. Endgültig sind diese Entscheidungen des Reichskabinetts noch nicht und der Reichstag dürfte noch einiges mitreden; wahrscheinlich werden die Führer der Parteien gehört werden.

Deutsches Schulrecht in Oberschlesien.

Günstige Entscheidung Calonders.

Den deutschen Eltern in dem an Polen gefallenen Teil Oberschlesiens steht das vertragsmäßige Recht zu, ihre Kinder in deutschsprachigen Minderheitsschulen unterrichten zu lassen. Dieses Recht wird ihnen seit langer Zeit von polnischer Seite planmäßig zu entscheiden versucht.

Der unparteiische Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, der Schweizer Calonder, wurde neuerdings um eine Entscheidung in Schulsachen ersucht, die ihm zusteht. Er hat nämlich die schulpflichtigen Kinder auf ihre Sprachangehörigkeit zu prüfen. Sein Spruch ist zugunsten der Deutschen ausgefallen.

Es handelte sich um die beantragte, aber vom polnischen Wojwoden abgelehnte Errichtung einer Minderheitsschule in Girakow. Im November 1925 wurden 44 Anträge auf Errichtung der deutschen Minderheitsschule eingereicht. Sechs Monate später wurden die Antragsteller vor die Wojwodenschaft geladen und dort nach ihrer Muttersprache befragt. Hierbei erklärten sie meistens, daß sie Deutsch und Polnisch als ihre Muttersprache ansehen. Auf Grund dieser Feststellung der Wojwodenschaft wurden nur vier Anträge für gültig, 38 für ungültig erklärt; zwei waren zurückgezogen worden. Die Ungültigkeit der 38 Anträge wurde damit begründet, daß die deutsche Sprache nicht die Muttersprache der Kinder sei. Calonder stellte in seiner jetzigen Entscheidung fest, daß dieses Verfahren der Wojwodenschaftsbehörde als ein Versuch zu betrachten sei, einen Druck auf die deutsche Minderheit auszuüben, die ohnehin schon einem schweren Kampf ausgesetzt sei. Ferner erblickt der Präsident aber auch eine Beeinflussung bezüglich der Genfer Vereinbarungen darin und bestimmt daher, daß die Minderheitsschule in Girakow unverzüglich zu eröffnen sei. Calonder stellte sich auf den grundsätzlichen Standpunkt, daß bei der Anmeldung zur Minderheitsschule lediglich die persönliche Erklärung des Erziehungsberechtigten erforderlich sei.

Die Versorgung der Kleinrentner.

Regelung notwendig.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde der demokratische Antrag über den Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes beraten. Dabei gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte: Der von der Demokratischen Partei eingebrachte Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes will den alten Personen, die in den Jahren 1914/18 aus Kapitalbesitz ein Renteneinkommen von mindestens 500 Mark jährlich besaßen, es aber infolge der Geldentwertung verloren haben, eine Rente gewähren. Rund zwei Drittel der zurzeit in Kleinrentnerfürsorge stehenden Hilfsbedürftigen, und zwar gerade die Ärmsten, werden von dem Gesetz nicht erfaßt. Dagegen würde es neue Kreise von sehr erheblichem Umfange, die jetzt nicht in Fürsorge stehen, in die Versorgung einbeziehen.

Die Frage, ob den Kleinrentnern ein rechtlicher Anspruch auf Rente gegeben werden kann, ist von großer Tragweite für den Reichshaushalt und den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Die Reichsregierung behält es sich daher vor, bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Etat 1928 zu dieser Frage endgültig Stellung zu nehmen, und bittet deshalb, den demokratischen Antrag zu vertagen.

Die Reichsregierung verkennt aber nicht, daß bedauerlicherweise die Fürsorge für die Kleinrentner keineswegs überall so durchgeführt wird, wie es dem Sinn und Geist der mit Zustimmung des Reichsrats angefertigten Reichsgrundsätze entspricht, und daß diese Verhältnisse, schon ehe die Frage endgültig entschieden werden kann, eine Regelung erfordern.

Zuchthaus für gewerbmäßige Werkspionage.

Das Ende des Norma-Prozesses in Mannheim.

In dem Prozeß der Norma-Werke gegen die Angestellten Hahn und Kohl, die wertvolle Patente stahlen und sie an die Liebe-Werke oder aus Ausland veräußerten, kam das Gericht in Mannheim nunmehr zur Urteilsverkündung.

Der Angeklagte Hahn wurde wegen eines Vergehens des fortgesetzten Diebstahls in Tateinheit mit einem Vergehen gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu der Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt. Der Angeklagte Kohl erhielt wegen eines Vergehens der gewerbmäßigen Hehlererei in Tateinheit mit einem Vergehen gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb sowie wegen einer rechtlich selbständigen Handlung gegen vorgenanntes Gesetz unter Verjaugung mildernder Umstände eine Gesamtzuchthausstrafe von zwei Jahren sechs Monaten. In Anbetracht der christlichen Handlungsweise des Angeklagten, der als ein schwerer wirtschaftlicher Schädling und Hochverräter zu bezeichnen sei, da er die deutsche Industrie schwer schädigte, wurde auch auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren erkannt.

Wie gewissenlos Kohl gearbeitet hat, ging unter anderem daraus hervor, daß seine Frau auf sein Geheiß ein Päckchen wertvoller Zeichnungen in einen Weinberg geschickt und dort verbrannt hatte. Bei Nachforschungen im Weinberg seien photographische Platten mit Abbildungen von Norma-Zeichnungen gefunden worden.

Rußlands Rote Armee.

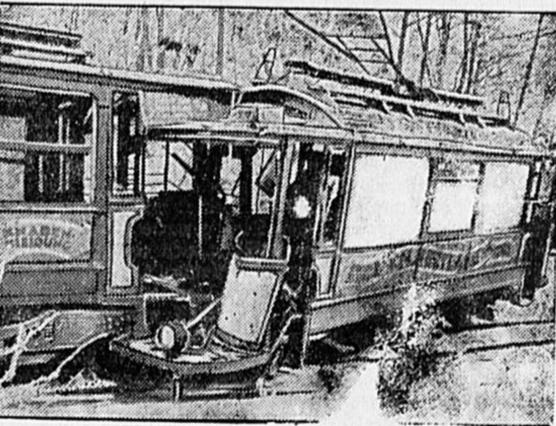
Mannschaftsbestand und Kostenaufwand.

Kürzlich hatte der englische Kriegsminister Borthington Evans Erklärungen in bezug auf die Gesamtstärke und die Kosten der russischen Roten Armee abgegeben. Diese Angaben werden nun von einer maßgebenden Seite in Moskau durch eine Veröffentlichung als unrichtig bezeichnet.

In der Veröffentlichung heißt es:

„Die Angaben Borthington Evans entstellen den wahren Sachverhalt. Die Stärke der Roten Armee einschließlich des gesamten Personalbestandes der Marine und der Luftflotte beträgt 5 62 000 Mann. Die militärischen Ausgaben der Sowjetunion betragen im Jahre 1924/25 420 Millionen Rubel, im Jahre 1926/27 634 Millionen Rubel. Das Militärbudget für 1926/27 betrug nur 40 Prozent von den militärischen Ausgaben der zaristischen Regierung im Jahre 1913. Dagegen sind die militärischen Ausgaben Englands von 860 Millionen Goldrubel im Jahre 1913 auf 115 Millionen Rubel im Jahre 1926 gestiegen. In die von Evans für die englischen militärischen Ausgaben genannte Ziffer von 41 Millionen Pfund Sterling sind riesige Ausgaben für die Marine und die Luftflotte sowie manche andere militärische Ausgaben nicht mit inbegriffen. Bei Erhöhung des gesamten Staatsbudgets der Sowjetunion für 1924/25 um 26,5 Prozent ist das Militärbudget um 10 Prozent gestiegen. Im Jahre 1926/27 ist das gesamte Staatsbudget der Sowjetunion um 29,7 Prozent gestiegen, während das Militärbudget um 17 Prozent gewachsen ist. Der Anteil des Militärbudgets am gesamten Staatshaushalt der Sowjetunion von 14 Prozent für 1924/25 ist für 1926/27 auf 12,7 Prozent zurückgegangen. Dagegen verausgabten die Nachbarn der Sowjetunion für militärische Zwecke ungefähr 20 bis 35 Prozent des Staatshaushalts.“

Die Straßenbahnkatastrophe in Kassel.



Genau ein halbes Jahr nach der Sturzfahrt eines Kasseler Straßenbahnwagens (am 23. Mai) ereignete sich an einer in der Nähe des ersten Anlaufes befindlichen Stelle ein neuer Straßenbahnunfall. Welche Katastrophen ereigneten sich auch an einem Mittwoch. Inzwischen hat sich schon wieder ein Straßenbahnunfall ereignet; ein Wagen entgleiste und fuhr mit voller Wucht in eine Schienenfestscheibe.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 24. November.

* **Börsenbericht.** Tendenz: Befestigt. Die Stimmung war wesentlich ruhiger als an den letzten Tagen, da seitens des Auslandes wieder Kaufaufträge zur Ausführung gelangten. Die Eisenindustrie beschäftigte sich bei Börsenbeginn überwiegend um 1-3 Prozent und mehr. Am Geldmarkt wurde Tagesgeld mit 5-7 Prozent genannt. Monatsgeld lag dagegen an 6-8 Prozent bei einem Satz von 8-9 1/2 Prozent. F. G. Farbenindustrie notierten in der zweiten Stunde 241 1/2 Prozent. Am Rentenmarkt gab die Ablosungsanleihe des Reiches um 1/2 Prozent nach.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,18-4,19; engl. Pfund 20,40-20,44; holl. Gulden 168,95-196,29; Danz. 81,53 bis 81,69; franz. Frank 16,44-16,48; Schweiz. 80,65 bis 80,81; Belg. 58,37-58,49; Italien 22,78-22,82; schwed. Krone 112,72-112,94; dän. 112,14-112,36; norweg. 111,15 bis 111,37; tschech. 12,40-12,42; österr. Schilling 58,96 bis 59,08; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,92-47,12; Argentinien 1,78-1,79; Spanien 70,64-70,78.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 24. Nov. Vom Auslande laagen für Weizen kaum Anregungen vor. Die Witterung ist milder geworden und man scheint auf ein allgemeines Aufgehen der Schifffahrt zu rechnen. Die Nachrichten vom Plata lauten wieder recht günstig und die billigeren dortigen Offerten hatten besonders in Weizen und Gerste zu vermehrten Abschlüssen geführt. Im hiesigen Zeitgeschäft war Dezember durch Verteilungen mehr gedrückt, als die besser behaupteten späteren Sichten. Roggen lag schwach; das Inlandsangebot ist mäßig, wenn auch in geringeren Sorten wieder reichlicher. Das schleppende Mehlgeschäft hielt die Unternehmungslust zurück. Im Zeithandel waren die Notierungen auf der ganzen Linie ermäßigt. Gerste hatte stillen Verkehr. Hafer war mehr angeboten und eher williger. Für Mais waren die Forderungen nicht immer durchzusetzen. Wehl auch in Weizenmehl lustlos, für Arie zeigte sich etwas mehr Interesse.

Getreide und Olsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	24. 11.	23. 11.		24. 11.	23. 11.
Weiz., märk.	244-247	244-247	Weizl. f. Br.	15,0	15,0
„pommerch.	—	—	Roggl. f. Br.	15,0	15,0
Rogg., märk.	241-245	241-245	Raps	345-350	340-345
„pommerch.	—	—	Leinfaat	360-365	360-365
westpreuß.	—	—	Vitt.-Gröben	52-57	52-57
Frückerste	220-264	220-264	Fl. Speiseerb.	32-35	32-35
„Futtererste	—	—	„	22-24	22-24
Hafer, märk.	204-214	204-214	Belusfchen	21-22	21,0-22,0
„pommerch.	—	—	„	21-22	21-22
westpreuß.	—	—	Ackerbohnen	21-22	21-22
Weizenmehl	—	—	Widen	22,0-24,0	22,0-24,0
p. 100 kg fr.	—	—	Lupin., blaue	14,0-14,7	13,7-14,5
Einbr. inf.	—	—	Lupin., gelbe	15,0-15,7	15,0-15,5
Sad (fein)	—	—	Serabella	—	—
Mrt. u. Not.	31,5-34,7	31,5-34,7	Rapsstuden	18,1-18,2	17,8-18,0
Roggenmehl	—	—	Leintuden	22,8-23,0	22,8-23,0
100 kg fr.	—	—	Erodenschül	11,1-11,2	11,0-11,29
Berlin Gr.	—	—	Soya-Extr.	20,5-20,9	20,5-20,9
inf.	32,6-34,5	32,7-34,5	Torsim.30/70	—	—
			Kartoffel/Std.	24,2-24,6	24,2-24,6

* Die Ernte 1927/28. Eine endgültige Übersicht über die Getreide- und Samenfrüchte der deutschen Ernte ergibt in Doppelzentnern folgendes: Winterweizen je Hektar 19,1, insgesamt 30 096 085,0; Sommerweizen 18,6, 2 917 754,5; Winterroggen 14,3, 65 702 764,7; Wintergerste 22,9, 3 893 751,0; Sommergerste 16,7, 21 821 996,4; Hafer 16,6, 57 850 419,3; Kartoffeln 135,9, 380 019 378,0.

* Kartoffelerzeugerpreise. Weiße Kartoffeln 2,80-3,10, rote Kartoffeln 3,00-3,30, gelbfeischige Kartoffeln 3,40-3,70 Mark, Fabrikkartoffeln 13,50-15,50 Pf. je Starteprozent (alles unverbändert).

* Frankfurter Mittags- und Abendbörse. An der Mittagsbörse lagen zahlreiche anregende Momente vor, die zu einer Verhöhnung führten. Eine Newyorker Meldung wirkte anregend, wonach von Seiten der französischen Regierung über die Aufnahme weiterer deutscher Anleihen in Amerika zu produktiven Zwecken keine ablehnende Stellungnahme, sondern das Gegenteil zu erwarten ist. An der Frankfurter Abendbörse waren die Aktienurse gut gehalten. F. G. Farben notierten 241,5, A. G. 144,75 Prozent.

Pflege der westlichen Wirtschaftsgebiete.

Der auf einer Unterrichtsreise befindliche preussische Innenminister Grzesinski erklärte in Aachen, daß er im Ministerium veranlassen werde, zu erwägen, was geschehen könne, um die Rohprodukte, die im westlichen Wirtschaftsgebiet gewonnen werden, konkurrenzfähig auf den Markt zu bringen. Weil das in erster Linie durch geeignete Verkehrserleichterungen ermöglicht werde, sei die Frage des Aachen-Rhein-Kanal eine Reichs- und Landesfrage, die sehr ernstlich geprüft werde. Weiter sagte der Minister unter Bezugnahme auf die Entwicklung der Kohlenindustrie auf der holländischen Seite des Wurmlohlenbeckens, daß auch die kulturellen Interessen der deutschen Grenzlande Sorge der Regierung seien, damit die hochqualifizierten Arbeitskräfte im Lande gehalten werden können. Der Minister unternahm eine längere Fahrt längs der Grenze über Mönchswald, Neuerburg und Trier. Er besucht auch die Lothringische und die Saar-grenze.

Spiel und Sport.

Sp. Schon Wintersport! Der früh einsetzende Schneefall in diesem Winter ermöglicht in einigen höher gelegenen Gebieten der deutschen Gebirge schon in gewissem Umfange wintersportliche Betätigung. Der offizielle Beginn der Wintersportzeit ist jedoch für die einzelnen Wintersportplätze wie folgt festgesetzt: Bayern: 3. Dezember in Berchtesgaden; Schwaz: 4. Dezember in St. Blasien; Thüringen: 4. Dezember in Brotterode am Inselfberg; Harz: 27. November in Carburg; Sachsen: 11. Dezember auf der Sechardschanze (Weiher Hirsch); Schlesien: 4. Dezember in Warmbrunn.

Sp. Eröffnung der Deutschen Turnschule. Die Deutsche Turnschule im Sportforum in Berlin-Grünwald wird am Montag, dem 28. November, mit einem Lehrgang für fortgeschrittene Sportturner eröffnet.

Sp. Der deutsche Mittelgewichtmeister Domgörgen bestreitet vor seinem Kampf mit dem Franzosen Lepesant (am 2. Dezember im Berliner Sportpalast) am 27. November in Danzig noch einen Kampf gegen den Düsseldorfser Steffen.

Sp. Die Frankfurter Fechterin Helene Mayer, deutsche Meisterin im Florettfechten, nimmt an der Internationalen Fecht-akademie des Turnkreises Brandenburg in P. L. am 29. November teil. Die erst 16jährige Meisterin besiegte kürzlich in London die Meisterinnen der verschiedensten Nationen der Welt!

Sp. Nurni wieder verhöhnt. Der finnische Weltretorikläufer Nurni, der bekanntlich mit seiner Sportbehörde wegen des Länderkampfes gegen Schweden in Streit geraten war, hat sich mit dem finnischen Reichstrainer wieder ausgeöhnt. Die Teilnahme Nurnis an den Olympischen Spielen in Amsterdam 1928 steht nunmehr außer Frage.

Sp. Im ersten Detroitser Sechstagerrennen belegte der Berliner Petri zusammen mit dem Amerikaner Lands den fünften Platz. Sieger wurden G. Debaets (Belgien)-Westman (Amerika), die 3377,400 Kilometer zurücklegten.

Sp. Der deutsche Eishockeymeister im Kampf mit Prag. Der deutsche Eishockeymeister Berliner Schlittschuhklub trifft am Sonntag im Berliner Sportpalast auf die spielstarke Mannschaft der Prager Slavia und dürfte einen neuen Sieg feiern.

Sp. Weltretorikflieger Ferdinand Schulz hat dieser Tage die Kunstfliegerprüfung bestanden. Es hat also den Anschein, als ob der führende Döpreuße Udet und Fieseler Konkurrenz machen will, ein Unternehmen, das ihm bei seiner anerkannten Schneidigkeit wohl gelingen sollte.

Sp. Zum 91. Male F. C. Nürnberg-Svg. Fürth! Im Rahmen der sonntäglichen Fußballmeisterschaftskämpfe treffen die beiden alten Rivalen F. C. Nürnberg und Spielvereinigung Fürth zum 91. Male aufeinander!

Sp. Derichs-Berges am Sonntag in Bieren. Der Bierseiner Klippers, der im Rüdenschwimmen eine große Zukunft hat und dem Weltretorik bereits bedenklich nahe kam, trifft am kommenden Sonntag in seiner Heimatstadt auf den Breslauer C. Dahlem. Das interessanteste Treffen dieser Veranstaltung aber dürften sich wohl Derichs-Köln und Berges-Darmstadt im 200-Meter-Kreuzlauf liefern.

Sp. Deutschland auch im Kunstwettbewerb in Amsterdam. An dem Kunstwettbewerb in Amsterdam anlässlich der Olympischen Spiele nimmt nun auch Deutschland teil und wird dort auf folgende Nationen treffen: Amerika, Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, Polen, Spanien, Schweiz, Portugal und Ungarn.

Die drei Tennis-Landesmeisterinnen Cilly Aussem-Deutschland, Betty Ruthall-England und Lily d'Almeida-Spanien treffen auf einem der ersten Tennisturniere an der Riviera, höchstwahrscheinlich in Mentone, zusammen.

Uruguays Fußballmannschaft wird nach dem Olympischen Fußballturnier in Amsterdam wiederum eine Europatournee unternehmen. Für Kopenhagen wurden bereits zwei Spiele abgeschlossen.

Mit einer wesentlich verstärkten Länderrolle will England am 3. Dezember den Hockey-Länderkampf gegen Deutschland in Folkestone aufnehmen.

= Freispielen zwischen Nürnberg und Fürth. Im Nürnberger Amtsblatt erschien eine reizende Bekanntmachung mit nur zwei Paragraphen, die das „unbefugte Nächtigen im Freien“ betreffen. Im ersten der beiden Paragraphen wird kund und zu wissen getan, daß das „Nächtigen im Freien, in Waldungen usw.“ verboten ist. Der zweite Paragraph handelt von den Ausnahmen, die dieser Regel, wie jeder anderen auch, anhaften. Es heißt da, daß „in Fällen dringenden Notbedarfs“ von der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth eine Ausnahme bewilligt werden kann. Da schlag' einer lang hin! Es wird ja wohl in diesen bitterkalten Nächten selbst zwischen Nürnberg und Fürth keinem Menschen einfallen, sich in der freien Natur schlafen zu legen, wenn nicht ein „dringender Notbedarf“ vorliegt. Wenn aber der „dringender Notbedarf“ eintritt, wird der Notbedürftige wohl kaum noch Zeit und Lust haben, bei der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth anzufahren, ob er sich zwischen Nürnberg und Fürth im Freien, in Waldungen usw. zur Ruhe legen darf. Vielleicht muß er gar noch einen schriftlichen Antrag einreichen! Es geht ja nichts über amtliche Fürsorge, aber ein bißchen weniger wäre manchmal ein bißchen mehr.

Auszug aus dem Protokoll über die 24. öffentliche Stadtverordneten-Sitzung am 23. November.

Unter Eingängen und Mitteilungen wird Kenntnis genommen von einem Dankschreiben des Bürgermeisters von Gottleuba für die städtische Spende für die Unwettergeschädigten; ferner von einem Dankschreiben der Hinterbliebenen des verstorbenen Privatassistenten Läubrich, sowie von dem Gesuch des Stadtv. Fuchs um Entlassung aus dem städtischen Kollegium wegen seiner rechtskräftigen Bestrafung. Das Kollegium beschließt, dem Gesuche des Stadtv. Fuchs stattzugeben. Stadtv. Vorst. Dr. Lange betont hierbei, daß Stadtv. Fuchs trotz allem ein treuer Stadtverordneter gewesen sei, der immer bemüht gewesen ist, lediglich den Interessen der Stadt zu dienen. Dies solle ihm bei seinem Ausscheiden gedankt werden.

Der Erhöhung der Schornsteinfegergehälter auf 65 Prozent (bisher 57 Prozent) wird gemäß dem Schreiben der Amtshauptmannschaft ohne Aussprache zugestimmt. — Das Stadtverordnetenkollegium tritt der Ratsvorlage bei, zu den Kosten des Neuan schlusses des Engelhardtischen Grundstücks an die städtische Wasserleitung 75 Mark zu bewilligen.

Ebenso wird dem gemeinsamen Erlaß von Vorschriften über Ordnung und Reinlichkeit in Fleischerereien usw. dem Beschluß des Ratskollegiums gemäß einstimmig zugestimmt. Die häufige Fleischerreinigung ist gehört worden und hat nichts einzuwenden.

Die Niederschrift der Amtshauptmannschaft Pirna betr. Maßnahmen über Hochwasserschutz der Kirnitzsch wird verlesen. Nach lebhafter Aussprache wird beschloffen (Vorschlag Stadtv. L u g e r): Im Prinzip ist man einverstanden, doch möchte der Rat vorerst bei der Amtshauptmannschaft anfragen, welcher genaue Kostenanteil auf die Stadtgemeinde entfällt. Bis dahin wurde die endgültige Entscheidung zurückgestellt.

Gezungenemäßig beschließt man, der Nachbewilligung des um das Doppelte erhöhten Betrages zur Unterhaltungsgenossenschaft für die Kirnitzsch in Höhe von 125,16 Mark beizustimmen.

Erlaß eines gemeinsamen Verbotes der Amtshauptmannschaft Pirna über Ausübung des Photographierhandwerks auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Ohne Widerspruch stimmt das Stadtverordnetenkollegium dem gemeinsamen Verbot zu.

Die Schinkestraße soll laut Ratsbeschlusse auf Antrag des Eigentümers für allen Fahrverkehr gesperrt werden. Nach Debatte wird beschloffen, heute darüber noch keine Entscheidung zu fassen. Der Rat möchte vorerst in dieser Sache nochmals mit dem Eigentümer verhandeln. Auch möchte stellv. Bürgermeister Heidrich mit dem Amtsstreifenmeister Matthes hierzu Rücksprache nehmen. In der Aussprache wird die Frage aufgeworfen, die Schinkestraße anzulaufen oder den Eigentümer zu bitten, sie bei besonderen städtischen Bedürfnissen vorübergehend zu öffnen.

Ohne Debatte wird folgendem zugestimmt: Der Bauauschuss und das Ratskollegium haben beschloffen, die Mauerarbeiten am Feuerlöschgeräteschuppen der Turnhalle durch die Firma Max Dorn & Seifert ausführen zu lassen (nicht wie ursprünglich beschloffen war, in eigener Regie).

Dankschreiben des Deutschen Roten Kreuzes über die Unterbringung dänischer Kinder in Bad Schandau. Die Mehrkosten von 55,30 Mark werden laut Ratsbeschlusse bewilligt.

Beschwerdeangelegenheit des Bürgermeisters i. R. Dr. Boigt gegen Bezirksoberschulrat Dr. Jersch. Der Berichtsentwurf an das Volksbildungsministerium wird genehmigt. Das Ratskollegium lehnt es ab, sich hinter die Eingabe Dr. Boigts zu stellen, da sie ohne Wissen des Stadtrats erfolgt sei. Die amtliche Tätigkeit Dr. Jerschs als Stadtrat wird in jeder Beziehung gedeckt und die Vorwürfe Dr. Boigts gegen Dr. Jersch werden mit Entrüstung zurückgewiesen. (Stadtrat Mendel hat sich der Stimme enthalten, da er seinerzeit dem Ratskollegium nicht angehörte.) Dieser Punkt wird öffentlich behandelt. Im Auftrag des Stadtv. Vorst. Dr. Lange referiert hierüber der stellv. Bürgermeister Stadtrat Heidrich. Er verliest die Beschwerdeschrift Dr. Boigts über Dr. Jersch an das Volksbildungsministerium nebst Verordnung dieses Ministeriums hierzu. (Das Volksbildungsministerium verlangt Auskunft darüber, ob der Stadtrat sich hinter diese Eingabe stellt; im übrigen jedoch hat es abermals zu dieser Angelegenheit nichts zu verfügen.) Das Stadtverordnetenkollegium nimmt hiervon Kenntnis. Ohne Widerspruch wird der Ratsbeschlusse gebilligt.

Berordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums: Berichterstattung über Verwendung der 15 000 Mark Wohnungsbau Darlehen. Das Ratskollegium hat berichtet, daß das Baudarlehen noch zum Wohnhausneubau verwendet werden soll, daß aber zurzeit noch Hindernisse wegen der Trinkwasserversorgung bestehen. Das Stadtverordnetenkollegium erklärt sich damit einverstanden, denn das Darlehen müsse auf jeden Fall der Stadt erhalten bleiben.

Sparlassenausschuss- und Ratskollegiumsbeschlusse: Anschaffung einer neuen Schreibmaschine für die Stadtkasse. Es entzündet sich eine heftige Debatte und wird. Die großen jetzigen und zukünftigen Ausgaben für Bau und Innenausgestaltung werden lebhaft von Stadtv. Luger bemängelt. Die Abstimmung ergibt sodann einstimmige Annahme des vorerwähnten Beschlusses.

Ohne Aussprache wird folgendem zugestimmt: Die Ueberstunden für die Jahresabschlussarbeiten sollen mit 1 Mark je Stunde vergütet werden, und im Monat Januar sollen für die Abschlussarbeiten die eingestellten Aufwertungshilfskräfte mitbeschäftigt werden.

Eine lebhafteste Geschäftsordnungs-Mitsprache füllte die Pause aus, die zur nichtöffentlichen Sitzung überleitete.

Wie das deutsche Volk spart.

Aus Berlin wird gemeldet: Dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages liegen interessante Zahlen über die Entwicklung der Spartätigkeit nach der Inflation vor, die beweisen, daß in Deutschland ein einseitiger Sparwille vorhanden ist. Es ist natürlich selbstverständlich, daß die Einlagen in den Sparkassen bei weitem nicht an den Vorkriegsstand heranreichen. Ende 1913 beziffern sich die gesamten Einlagen der deutschen Sparkassen auf 18 967,9 Millionen Mark, was im Durchschnitt 325 Mark für den Einwohner ausmachte. Während in den Inflationsjahren die Spartätigkeit fast völlig unterbunden wurde, wuchs nach Stabilisierung der Verhältnisse das Vertrauen zur Währung wieder, und die Spargelder flossen schneller in die Kassen. Ende 1924 betrug die Gesamtsumme der Spareinlagen noch 608 Millionen Mark (pro Kopf der Bevölkerung 9,8 Mark), stieg bis zum Winter 1925 um mehr als das Doppelte auf 1629,1 Millionen Mark und erreichte Mitte des Jahres 1927 eine Höhe von 4022,7 Millionen Mark, was auf den Kopf der Bevölkerung ein Sparguthaben von 64,55 Mark bedeutet. Von den deutschen Ländern weist die größte Spartätigkeit Lübeck auf, wo (Mitte 1927) die Spareinlagen pro Kopf der Bevölkerung 168,6 Mark betragen. An zweiter Stelle marschieren Schaumburg-Lippe (120 Mark). Es folgen Hamburg mit 117,6 Mark, Lippe-Deimold mit 99,7 und Wabed mit 97,3 Mark. In Preußen betragen die Spareinlagen im Durchschnitt pro Kopf 65,5 Mark, wobei das Rheinland mit 95,2 Mark an der Spitze steht. Berlin spart nur 38,5 Mark, während die geringste Spartätigkeit Mecklenburg-Strelitz mit 15,1 Mark aufweist.

Der Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Pirna

genehmigte in seiner letzten Sitzung den 1. Nachtrag zur Grundsteuererhebung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Pirna, sowie die Säzung der Schulspartasse in Kleinhenndorf. Im weiteren beschloffen sich der Bezirksauschuss mit der Stadtratsangelegenheit in Stadt Wehlen. Dem Vorschlage, die Stadt Wehlen anzuweisen, eine Verfassungsänderung infolgedessen vorzunehmen, daß für das Verhältniswahlverfahren zur Wahl der Stadträte das Höchstzahlverfahren einzuführen ist und im Falle der Nichtdurchführung der Anweisung der Amtshauptmannschaft diese zu ermächtigen, nach deren Rechtskraft das Erforderliche nach § 174 der Gemeindeordnung zu veranlassen, stimmte der Ausschuss ohne Aussprache zu. — Der unentgeltlichen Abtretung von Gemeindefeld in Langenhennersdorf an die Reichsbahngesellschaft stimmte der Bezirksauschuss zu. Bei Besprechung der Angelegenheit Verkauf von Gemeindefeld in Langenhennersdorf steht der Ausschuss grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß Gemeindefeld nicht an Private verkauft, sondern in Erbpacht usw. überlassen wird. Nur in Ausnahmefällen, in denen von Fall zu Fall entschieden werden soll, könne man dem Verkauf zustimmen. Es handelte sich in diesem Falle lediglich um eine grundsätzliche Aussprache, um einen rein theoretischen Fall. — Mit aller Entschiedenheit wandte sich Stadtrat E r f u r t - H e i d e n a u bei Gelegenheit der Besprechung einer diesbezüglichen Vorlage dagegen, daß bei Aufnahme von Darlehen seitens der Gemeinden eine Bürgschaft des Bezirksverbandes verlangt wird. Er regte an, diese Angelegenheit einmal im Bezirkstag, wo eine größere Anzahl von Gemeindevertretern anwesend sei, zu besprechen. — Der Aufnahme eines Darlehens der Gemeinde Gruppen beim Bezirksverband in Höhe von 25 600 Mark und bei der Ortstranstante Pirna in Höhe von 10 000 Mark stimme das Kollegium gleichfalls zu.

Das kommende Rentnerverordnungs-Gesetz.

Die Ortsgruppe Dresden im Landesverband Sachsen des Deutschen Rentnerbundes hatte für ihre letzte öffentliche Versammlung die Stadtratsordnete Frau Lasse (Wurzen) als Rednerin gewonnen, die über das kommende Rentnerverordnungs-Gesetz sprach. Die Rednerin mahnte zur Einigkeit unter den drei Dresdener Rentnerorganisationen, da doch nachgerade alle drei heute erkannt hätten, daß eine Hilfe nur durch ein entsprechendes Gesetz kommen könne. Die Aufwertung der Reichsbanknoten sei eine Utopie, das habe auch der sächsische Justizminister v. Zumetti klar genug ausgesprochen. Die Referentin unterrichtete dann die Zuhörer über die Vorarbeiten zu dem Gesetz, zu dem bereits alle maßgeblichen politischen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, sich geäußert hätten. Auf eine Bestimmung in dem Gesetzentwurf wies die Referentin ganz besonders hin, und zwar auf die geforderte Rückzahlung der Fürsorgeleistungen. Wenn, so schloß die Rednerin ihre Ausführungen, diese Forderung Gesetz werden sollte, dann sei den Rentnern keinesfalls gedient.

Änderung des Gesetzes über die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft.

Dem Landtag ist am Mittwoch eine Vorlage der Regierung zugegangen, die eine zweite Änderung des Gesetzes über die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft vorlegt. Nach der Vorlage soll der bisherige § 3 des Gesetzes folgende Fassung erhalten:

Die Genossenschaftsversammlung wird von Vertretern der Genossenschaftsmitglieder gebildet. Die Vertreter der Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe werden von den Mitgliedern der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen, die Vertreter der Unternehmer des Gartenbaues (der Gärtnerei und der Park- und Gartenpflege) und der Friedhofsbetriebe, soweit sie nicht der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, von den Mitgliedern der bei der Landwirtschaftskammer errichteten Fachkammer für Gartenbau gewählt. Für die Vertreter ist die doppelte Zahl von Erzhämern zu wählen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur Mitglieder der Berufsgenossenschaft. Bei den Unternehmern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe setzt die Wahlberechtigung und Wählbarkeit die Bewirtschaftung einer mindestens 3 ha großen Fläche voraus; die Beschäftigung mindestens eines Versicherungspflichtigen (§ 13, Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung) ist nicht erforderlich.

Tages-Chronik.

○ Schießübungen in einem Klassenzimmer. In einer Schweriner Schule hatte ein Schüler ein Flobergetgewehr mitgebracht und in der Pause in eine Schranke geschossen. Es wurde ermittelt, daß vier weitere Schüler Gewehre besaßen. Fünf Schüler mußten wegen Sachbeschädigung an Schulmöbeln der städtischen Behörde zur Anzeige gebracht werden. Sie hatten in den Klassenzimmern Messerwerfen geübt.

○ Vier ostpreussische Fischer ertrunken. Vier Fischer, die im offenen Motorboot zum Lachsang auf die See hinausgefahren waren, sind nicht zurückgekehrt. Alle Nachforschungen nach den Vermissten sind vergeblich gewesen. Da ein starker Sturm einsetzte, muß man damit rechnen, daß das Boot kenterte und die Befahrung ertrunken ist.

○ Festnahme entwischener Zuchthäuser. Von den des Nachts aus dem Zuchthaus Eberfeld entwichenen sechs Zuchthäusern sind in Herne die Strafgefängnisse Stachelhaus und Endzewitz wieder festgenommen worden. Nachdem vor einiger Zeit in Schneidemühl der entwichene Strafgefangene Jädel wieder ergriffen werden konnte, befinden sich noch drei der Ausbrecher auf freiem Fuß.

○ Unterschlagung bei einer Postbetriebswerkstätte. In der Postbetriebswerkstätte Breslau wurde ein Oberpostsekretär wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in einseitig festgestellter Höhe von 8000 Mark in Haft genommen. Der Defraudant hat auf geschickte Weise durch Nachrechnungen an Listen Fälschungen vorgenommen, welche schon den Revisionsbermerk trugen.

○ Mord und Selbstmord aus Geldnot. In Augustwalde (Kreis Rangard) schlug der frühere Gastwirt Ernst Otto nach vorausgegangenem Streit auf seine im Bett liegende 41jährige Ehefrau darartig mit einem Hammer ein, daß sie bald darauf starb. Otto selbst tötete sich durch einen Revolvererschuss. Die Zwistigkeiten sind darauf zurückzuführen, daß Otto vor einiger Zeit sein Geschäft veräußert und dann zubielt vom Kapital seiner Frau verbrauchte.

○ Freitod eines untröstlichen Witwers. In Troisville bei Lille hat ein Mann, der seit fünf Jahren Witwer ist und sich über den Tod seiner Frau nicht trösten konnte, Selbstmord begangen. Er befestigte vorher für zehn Jahre Seelenmessen.

○ Auslieferung des jungen Blumenstein. Der im Zusammenhang mit der ungarischen Fälschungsangelegenheit festgenommene Karl Blumenstein, der Sohn des Bankiers,

WISSENS-ERBE

Leipzig Welle 365,8. — Dresden Welle 275,2.
Sonabend, 26. November.
12.00—12.55: Künstlerische Darbietungen für die Schule. * 15.00—15.30: Englisch. * 16.00—17.25: Aus dem Schachfächer für die Jugend: Der Schweinehirt. Spiel nach dem gleichnamigen Märchen von Hans Christian Andersen. * 17.30 bis 18.00: Stadtrat Dr. Korrach: Moderne Schulgesundheitspflege. * 18.00—18.30: Dr. Weiskopf: Technische Lehrgang für Facharbeiter: Dampfmaschinen und Kraftmaschinen. * 18.30—18.45: Funtpastelstunde. * 18.45—19.00: Steuerunterricht. * 19.00—19.30: Vortrag O. Wiener: Arbeitsschulung. Alte und neue Verfahren, insbesondere Fähigkeitsschulung. Das berufliche Schulwesen. * 19.30—20.00: Hermann Häfeler: Vom Verkehr mit Halbfarben. — 20.00: Wettervorhersage und Zeitangabe. * 20.15: Öffentliches Konzert des Mainzer Gesangsvereins. Mitw.: Edward Weiß-Berlin (Sopran), Dr. Hermanns-Berlin (Bass), Adolf Bernmann-Franfurt a. M. (Bariton), Hans Hubertus-Darmstadt (Tenor), das Mainzer städt. Orchester und der Männerchor des Mainzer Männergesangsvereins. * 22.15: Militärmusik. Ausführende: das Musikkorps des III. Bataillon (Sächs.) Inf.-Regts. Dirigent: Obermusikmeister Bier.

Berlin Welle 484 und ab 20.30 Welle 1250.
12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. * 16.00: Dr. Bruno Vorchardt (Vortragsreihe): Wunder des Alltags. (Vom Kochen und vom Kochtopf). * 16.30: Joseph von Eichendorff (gest. 26. November 1857). 1. Einleitende Worte: Selmut Muzel. 2. Aus „Aus dem Leben eines Taugenichts“. Gesellen von Wolfgang IJler. * 17.00—18.00: Berliner Funtpastel. Leitung: Konzertm. Franz v. Szpanowski. — Anschl.: Werbenaachrichten. 18.10: Paul Morgan u. Max Hanfen: Der Optiker und der Pessimist laufen ein Auto. (Werbenaachricht.). * 18.30: Synodus Dr. Otto: Ein Blick hinter die Kulissen des Konditorgewerbes. * 19.05: Dr. Werner Mahrholz: Schulpolitik. * 19.30: Bürgermeister Dr. Alfred Werner, Friedland i. M.: Die Soziologie der deutschen Kleinstadt. * 19.55: Ministerialrat Dr. med. Alfred Meyer: Selbstmord und Menschenliebe. (Der Widerstreit von Selbstmord und Selbstlosigkeit im Verne). Anschl.: Denkvorlesungen. * 20.30: „Sahara.“ Eine Reise in Hörbildern von Walter Mehring. Musik von Theodor Madeben. (Wierter Abend). Anschl.: Luftiges von W. * 22.30: Funtpastelstunde. Anschl.: Tanzmusik. Königs wusterhausen Welle 1250.

12.00—13.00: Künstler. Darbietungen für die Schulen. * 15.00—15.30: Englisch (kulturfördernd-literar. Stunde). * 15.35 bis 15.40: Wetter- und Börsenbericht. * 16.00—16.30: Erziehungsberatung. * 16.30—17.00: Aus dem preussischen Kultusministerium. * 17.00—17.30: Beamtenschaft und öffentliche Presse. * 17.30—18.00: Moderne Schulgesundheitspflege. * 18.00—18.30: Techn. Lehrgang für Facharbeiter: Dampfmaschinen und Kraftmaschinen. * 18.30—18.55: Französisch für Fortgeschrittene. * 18.55—19.20: Englisch für Fortgeschrittene. * 19.20—19.45: Die Geschichte der deutschen Sprache. * 20.15: Übertragung aus der Stadthalle Mainz. Dufoni-Konzert des Mainzer Männergesangsvereins. * 22.00: Pressenaachrichten. * 22.30: Funtpastelstunde, anschließend Tanzmusik.

Stettin Welle 236,2.

Berliner Programm bis 18.10 und ab 18.30.

entschloß sich, sich freiwillig der französischen Polizei zu stellen und sich der von Frankreich verlangten Auslieferung nicht länger zu widersetzen. Zur weiteren Auffklärung der Angelegenheit der Fälschung ungarischer Wertpapiere wurde in der Wohnung des verhafteten Simon Torbint eine Hausdurchsuchung abgehalten, bei der zahlreiche Dokumente beschlagnahmt wurden.

○ Masernepidemie in Berlin-Zehlendorf. In der Zehlendorfer Nordschule, in der bereits wegen Masernerkrankungen mehrere Klassen geschlossen worden waren, wurde jetzt die Einstellung des ganzen Schulbetriebes angeordnet, weil sich die Erkrankung weiter in sehr starkem Maße vermehrt haben. 46 Kinder sind an Masern erkrankt.

○ Wer trugere Kaiser gegen die Ehe seiner Schwester. Gegenüber Gerüchten, der frühere Kaiser hätte Einspruch gegen eine evangelische Trauung seiner Schwester Viktoria mit dem Russen Sublow erhoben, wird aus Doorn mitgeteilt, daß hieran kein wahres Wort wäre. Allerdings habe der ehemalige Kaiser der Heirat seine Billigung versagt.

○ Die teuerste Brautleute der Welt. Der englische Leutnant Burdon in Venares und seine Braut Miss Reynold können sich rühmen, wohl das einzige Brautpaar zu sein, das nach der Trauung in einer Kutsche aus durchweg reinem weißen Eisenblech, die einen Wert von vielen hunderttausend Mark besitzt, abgeholt wurde. Diese kostbare Kutsche war dem Brautpaar von dem riesig reichen Maharadscha von Venares zur Verfügung gestellt worden.

○ Späte Neue einer Gattenmörderin. Die Hinrichtung der amerikanischen Gattenmörderin Ruth Snyder und ihres Liebhabers Grab soll, nachdem die Revision jetzt abgelehnt ist, dieser Tage stattfinden. Als Frau Snyder dies erfuhr, verlor sie zum erstenmal die Nerven, brach in Weinkrämpfe aus und rüttelte an den Zellengittern.

○ Petroleumexplosion. In einem Petroleumbohrwerk im Tal des Turner River (Kanada) ereignete sich eine Explosion, durch die vier Arbeiter schwer verletzt und zwei Kinder getötet wurden. Mehrere Häuser wurden eingestürzt. Die Explosion hat in der Umgegend eine allgemeine Panik hervorgerufen.

Bunte Tageschronik.

Halle. In Gittelde im Harz begann die Witwe Elise Weinhaus, die körperlich noch sehr rüstig ist, ihren 100. Geburtstag.

Solingen. Oberbürgermeister Dick gab die Erklärung ab, daß er angesichts der Vertagung der Städtevereinigung aus dem Amt scheiden werde.

Manchester. Der Express Manchester-London fuhr nordlich der Station Derby auf einen Güterzug, den er mitten durch einen Wagen in zwei Teile schnitt. Die Lokomotive und der erste Wagen des Passagierzuges entgleisten, ohne daß Personen verletzt wurden.

Bäswälder. Auf der Grube Karl Alexander wurden zwei Bergleute von herabfallenden Gesteinsmassen verschüttet und so schwer verletzt, daß einer von ihnen bereits nach einer Stunde starb.

Saarbrücken. Der 33jährige Angestellte des Dillinger Hüttenwerkes Eugen Meyer ist nach Untersuchung von 21 000 Frank Lohngebern schuldig geworden.

Arbeiter und Angestellte.

Saarbrücken. Der Streit auf den Saar-Eisenhütten. Auf dem Hochtungischen Eisenwerk in Böttlingen, wo die Arbeit wieder aufgenommen worden war, legten erneut circa 1000 Mann die Arbeit nieder. Bei Hochtung-Böttlingen, Burbacher Hütte, Reutlinger Eisenwerk, Höttingerwerk und Buch Teilstreik ausgebrochen. Eine Versammlung der Belegschaft der Halberger Hütte beschloß, ebenfalls in den Streit zu treten.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ein ganz eigenartiger Unfall kam vor dem Schöffengericht Dresden zur Verhandlung. Während der Dresdner Vogelweie wurde ein Musiker dadurch verletzt, daß ihm als Zuschauer bei der Betätigung eines sogenannten Kraft- oder Herkuleshammers vom Zündhütchen ein Splitter ins Auge fiel, wodurch er dieses völlig einbüßte und auf dem anderen Auge die Schkraft erheblich geschwächt wurde. Gegen den Schausteller Ernst Emil Paul Wiener, der Besitzer jenes Kraft- oder Herkuleshammers, war Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben worden. Er bestritt jedes Verschulden. In der Verhandlung wurde ferner festgestellt, daß Wiener nach dem Unfall von der Polizei Anweisung erhalten hatte, die bisher übliche Schutzvorrichtung noch etwas zu verlängern. Das Gericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten. Es handelte sich hier um einen Unfall, der beinahe für gänzlich ausgeschlossen zu halten ist.

§ Ein Vergleich. Der vormalige nationalsozialistische Landtagsabg. Kapitänleutnant a. D. Hellmuth v. Mücke, vertreten durch Rechtsanwalt Kohlmann, hatte eine Privatklage angehängt, die sich gegen einen Hauptmann a. D. Siemens und einen Buchhändler Heinemann richtete, und die am Mittwoch nachmittag vor dem Amtsgericht Dresden zur Verhandlung kommen sollte. Der Privatkläger lag eine angebliche, gelegentlich einer Versammlung im November 1924 gefallene Äußerung zugrunde, nach der seitens des Privatklägers für einen Hauptmann a. D. Sch. Geld gesammelt worden sei. Amtsgerichtsrat Eckelmann regte einen Vergleich an, der auch zustande kam, und der wie folgt lautete: Die beiden Verklagten bestritten eine derartige ihnen zur Last gelegte Äußerung getan zu haben, sie erklären auch eine solche Behauptung nicht aufstellen zu können und zu wollen. In Hinblick auf eine Erklärung des Hauptmanns Siemens betr. dessen wirtschaftlicher Lage übernimmt der Privatkläger die Hälfte der 8 Mark betragenden Gerichtskosten und verzichtet auch auf Erstattung der außergerichtlichen Auslagen.

§ Ein Student von der Anklage des Totschlags freigesprochen. Vor dem Schwurgericht München stand der 23 Jahre alte Student der Maschinenbaukunde Walter Oberer aus Harburg bei Donauwörth. Nach der Anklage hatte er mit einer 18jährigen Kontoristin, der Tochter einer Polierswitwe, ein Verhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen blieb. Er erklärte damals, daß er sie erschießen werde, wenn das Kind lebendig zur Welt komme. Als dies geschah, befand er sich gerade in der Wohnung. Die Nachbarschaft sollte nichts davon erfahren. Weil das Kind zu schreien anfing, nahm er es und wickelte es in eine Decke, wodurch das Kind erstikte. Als man nun sah, daß es tot war, holte man das Kind in die Küche. Oberer heizte den Herd an und warf die Leiche ins Feuer. Das Verhältnis wurde dann weiter fortgesetzt, dann aber von Oberer gelöst, obwohl das Mädchen abermals in anderen Umständen war. Im Mai 1927 erschloß sich das Mädchen im Partale und hinterließ einen Brief, in dem es Oberer als zweifachen Mörder bezeichnete. Oberer, der sich wegen Totschlags zu verantworten hatte, bestritt, das Kind absichtlich erstickt zu haben. Er wollte es nur am Schreien hindern. Er beschuldigte dagegen die Schwester der Kindesmutter, das Kind erdrosselt zu haben. Das Schwurgericht sprach den Angeklagten frei. In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Behauptung des Angeklagten hinsichtlich der Schwester der Kindesmutter unglaubwürdig sei. Es beständen nach wie vor erhebliche Verdachtsmomente dafür, daß Oberer den Tod des Kindes vorzüglich herbeigeführt habe. Allein mit einer zur Beurteilung ausreichenden Sicherheit lasse sich dieser Vorwurf nicht feststellen.

§ Verurteilt wegen der Herbeiführung einer Uberschwemmung. Das Schwurgericht in Halle hatte wegen Herbeiführung einer Uberschwemmung den Arbeiter Arthur Kühlewein am 29. Juni zu der Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Kühlewein hatte als Grundbesitzer am Elsterdamm bei Ammendorf versucht, mit einer Spihade eine im Damm eingebaute Eisenplatte zu lösen. Als ihm dies nicht gelang, ging er nach Hause, aber sein Sohn bemühte sich weiter, die Platte zu lösen und führte durch das Halten mit der Spihade einen Dammbruch herbei. Als Kühlewein dann wieder zu dem Platz zurückkehrte, war der Elsterdamm bereits völlig durchbrochen und die Uberschwemmung war nicht mehr aufzuhalten. Das Schwurgericht Halle hat den Sohn des Kühlewein damals freigesprochen, hat den Vater aber verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte Kühlewein Revision eingelegt, die vom ersten Strafsenat des Reichsgerichtes verworfen wurde. Sowohl die Verteidigung des Kühlewein als auch die Reichsanwaltschaft hatten erklärt, daß sie für Aufhebung des Urteils stimmen müßten, weil eine Mittäterschaft nicht erblickt werden könne darin, daß ein Vater seinen Sohn von der Begehung einer Tat, wie geschehen, nicht zurückgehalten habe. Der erste Strafsenat brachte in seiner Begründung für die Verwerfung der Revision aber zum Ausdruck, daß das vorinstanzliche Gericht mit Recht ein fahrlässiges Verhalten des Vaters Kühlewein festgestellt habe.

§ Fahrlässige Tötung. Das Landgericht in Plauen hatte am 21. Juli d. J. den Kaufmann Max Paul Mainzger wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Mainzger war am 28. Mai 1926 mit seinem Kraftwagen auf der Straße von Rodewisch nach Treuen gefahren und hatte dabei aus Fahrlässigkeit einen ihm entgegenkommenden Motorradfahrer umge-

fahren und getötet. Die von Mainzger gegen das Plauener Urteil eingelegte Revision ist verworfen worden, da die Fahrlässigkeit Mainzgers von der Vorinstanz genügend festgestellt worden sei.

§ Ein Beleidigungsprozess in der literarischen Welt. Die 45 Jahre alte Witwe des verstorbenen Schriftstellers Gjellerup ist gestern vom Schöffengericht Leipzig wegen Beleidigung zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Beleidigung war gegen Angehörige aus der Verlegerfamilie Quelle (bzw. Quelle & Meyer) gerichtet, die von Frau Gjellerup der Unterschlagung bezichtigt worden waren. Frau Gjellerup hatte in Erfüllung eines letzten Wunsches ihres verstorbenen Gatten dessen Nobelpreisdiplom und Medaille der Familie Quelle ausgehändigt, ihrer Angabe nach mit der Bestimmung, daß die Geschenkstücke später der Deutschen Bücherei übergeben werden müßten. Die Familie Quelle hatte die Uebergabe als Vermächtnis aufgefaßt und hatte die Stücke in der Quellen'schen Familienbibliothek aufgehängt lassen. Frau Gjellerup hatte bei einer Anfrage bei der Deutschen Bücherei erfahren, daß ihren vermeintlichen Wünschen nicht Rechnung getragen worden sei und hatte nun an die Familie Quelle Briefe beleidigenden Inhalts gerichtet, in denen sie namentlich den Vorwurf der Unterschlagung erhob.



Hans im Glück
Kann jeder werden,
der in unserer
Zeitung inseriert!

§ Wegen Kindesmordes zum Tode verurteilt. Der 24jährige Arbeiter Emil Wenger aus Bietichowitz, der das zehn Monate alte Kind seiner Geliebten ermordet und in die Klobnitz geworfen und hierauf seine Geliebte zu ermorden versucht hatte, wurde vom Landgericht Kattowitz unter Anerkennung aller mildernden Umstände zum Tode verurteilt.

§ Gerichtliches Nachspiel zu den Unruhen in Breslau. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Breslau begann ein Prozess gegen fünf Personen, die an den Ausschreitungen vom 21. September beteiligt waren. Die Anklage lautet auf schweren und einfachen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr, Unfug, Beleidigung und schwere Körperverletzung. Es war seinerzeit auf dem Ring zu blutigen Ausschreitungen gekommen, bei denen die Sicherheitspolizei angegriffen wurde, so daß sie notgedrungen von der Schutzwaffe Gebrauch machen mußte. Hierbei wurden zwölf Personen verwundet. Unter den durch die Schüsse der Polizeibeamten Verwundeten befand sich eine Frau, die an dem Tummel völlig unbeteiligt war; sie ist später an den Folgen der notwendig gewordenen Operation gestorben. Ein Polizeibeamter hatte eine vier Zentimeter tiefe Stichwunde erlitten. Zu dem Prozess sind 150 Zeugen und drei medizinische Sachverständige geladen.

§ Eine chinesische Piratenbande zum Tode verurteilt. Die Geschworenen in Hongkong erklärten einstimmig die sieben Mitglieder der Piratenbande, die den Dampfer „Dreue“ getapert hatte, für schuldig. Alle sieben wurden zum Tode verurteilt. Das Schiff war seinerzeit von einem britischen Unterseeboot, das die Offiziere und die Besatzung rettete, in Brand geschossen worden.

§ Zuchthausstrafe wegen Postraubes. Das Erweiterte Schöffengericht zu Haltern verurteilte die wegen eines verübten Postraubes angeklagten Albert und Heger zu je sieben Jahren zwei Monaten Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Außerdem erkannte das Gericht auf eine Zusatzstrafe von zwei Monaten Zuchthaus, da beide Angeklagte wußten, daß ihr dritter Helfershelfer Schreier, der bei dem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei getötet wurde, eine Armeepistole mit sich führte.

§ Zwei Vordirektoren zu Gefängnis verurteilt. Nach achtstägiger Verhandlung wurden die früheren Direktoren des Börsener Vantvereins, Dr. Hange und Wunderlich, wegen fortgesetzter Unterschlagung und Verstoßes gegen das Depotgesetz und das Kapitalfluchtgesetz zu einer Gefängnisstrafe von je fünf Monaten verurteilt. Ohne die Depotberechtigung zu besitzen, hatten die Angeklagten fremde Wertpapiere in Depot genommen und zu Spekulationszwecken benutzt. Beim Zusammenbruch der Bank waren die Papiere für die Kunden verloren. Unter der Voransetzung der Wiedergutmachung des Schadens wurde den Angeklagten drei Jahre Strafaufsicht erwährt.

Schwindereien mit Losen.

Warnsdorf. Selbst gestellt und selbst bezichtigt hat sich der 28 Jahre alte, aus Warnsdorf gebürtige Vertreter der Firma Lechner & Co. in Prag, Hermann Ruzida. Ruzida legte vor der Staatsanwaltschaft in V-Leipa ein unumwundenes Geständnis ab, nach welchem er im Herbst des Jahres 1926 an die 15 bis 20 Parteien in den Gemeinden Obergrund, Niedergrund und St. Georgenthal geschädigt hat. Unter der unwahren Angabe, sie hätten gewonnen, schwindelte er Staatsbaulose heraus. Falls auf diese Lose ein Gewinn entfiel, kassierte er das Geld ein und behielt es für sich. Den Rest der Lose verkaufte er weiter. Anderen Parteien wieder machte er plausibel, daß sie durch den Beitritt zu einer „Gemeinschaftsgesellschaft“ größere Möglichkeiten zur Verwertung ihres Gewinnes erhielten. Diesen Parteien stellte er Depotscheine aus. Die Lose, die er bekam, ließ er zunächst bei sich liegen, anstatt sie der Firma Lechner & Co. in Prag zu überweisen. Später verpfändete und schließlich verkaufte er sie. Nach seinen eigenen Angaben, hat Ruzida auf diese Weise Parteien um einen Betrag von insgesamt 20 000 bis 25 000 Kronen geschädigt. Er hätte, gab er noch an, den Schaden wieder gutmachen wollen, aber kein Geld dazu besessen.

Anmeldung von Neubefugnis in Marktanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Ablösungsanleihe.

In Nr. 25 des Sächsischen Gesetzblattes ist auf Seite 143 und in Nr. 220 des Reichsanzeigers eine Verordnung des Sächsischen Ministeriums des Innern zum Abdruck gelangt, nach der die Frist für die Anmeldung der Marktanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände zum Umtausche in Ablösungsanleihe vom 1. Oktober 1927 bis zum 14. Januar 1928 läuft, sofern nicht gleichzeitig mit der Anmeldung die Gewährung von Auslösungsrechten beantragt wird. Das Gleiche gilt für die Anmeldung solcher Marktanleihen öffentlicher Körperschaften, auch die die Vorschriften des Anleiheablösungsgesetzes über die Marktanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände für anwendbar erklärt worden sind (§ 16 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes vom 2. Juli 1926 — R.G.W. I. 3. 343 —).

Aus den Lichtspielhäusern.

„Ein Mädel aus dem Volke“ beteiligt sich der Film, der ab heute neben einem abwechslungsreichen großen Beiprogramm in den Saxonialichtspielen und am Sonntag in den Lichtspielen Wendischfähre gezeigt wird. Wien, das goldene Wien, gibt dem reizvollen Stück den Rahmen. Eines Kronprinzessin und späteren Kaisers hoffnungslose Liebe zu einer Schustersochter bildet den Kern der Handlung. Harry Liedtke mit seiner überragenden Darstellungslust meistert das Spiel, ihm zur Seite Kenia Desni. Mit dem Gesang seiner Soldaten, den der Kaiser hören muß, „häng' an Mädels nicht dein Herz, — Freundschaft, laß' dich warnen, — Mädels bringen Weh und Schmerz, — Laß' dich nicht umgarnen. — Laß' die Liebesfällei, — Alter Marschlanpane, — Schnell geküßt und schnell vorbei, — Soldat gehört zur Zahne...“ Klingt das sehenswerte Stück aus.

Unser Kino. Ja, wir haben in unserer Stadt einen — Kientopp (wie der Berliner sagt), der leider — im Gegensatz zur Großstadt — viel zu wenig besucht wird, obwohl die Leitung der Saxonialichtspiele keine Kosten scheut, um gute und erstklassige Filme zu bieten. Gerade solche Filme sind nicht billig zu haben, und wenn dann ein geringer Aufschlag auf die an sich niedrigen Preise kommt, dann murren wohl einige Kinobesucher — aber mit Unrecht. Das Kino selbst macht in seiner Kleinheit einen freundlichen, traulichen Eindruck und ist gut besucht. Gerade im Winter, während in Bad Schandau — wie diese sagen — so „wenig geboten wird“, könnte die Unterfützung des Kinounternehmens eine bessere sein.

Unser täglich Brot.

Welches Brot schlägt am besten an?

Unsere Kenntnis von der Wissenschaft der Ernährung ist wieder einmal stark ins Wanken geraten. An die alleinigen machenden Kalorien, die uns noch in der Kriegszeit so fleißig vorgerechnet wurden, glauben wir nicht mehr so recht, seitdem wir die Vitamine kennengelernt haben, und das vielgerühmte Verhältnis zwischen Eiweißkörpern und Kohlehydraten erscheint immer problematischer, je mehr wir die widerstreitenden Ansichten vergleichen. Daß nun auch noch allerlei populäre Volksbegleiter mit geschäftlichem Hintergrund auf die Vorzüglichkeit besonderer Nährpräparate schwören, macht die Angelegenheit noch verzwickter. Dabei sind die ältesten Fragen noch unklar. Zweifelslos ist z. B. das Schwarzbrot reicher an Nährstoffen, das Weißbrot dagegen wird besser und vollkommener verdaut und ausgenutzt, wie sich einwandfrei feststellen läßt. Welches ist nun für die menschliche Ernährung vorzuziehen? Diese Frage erscheint gerade jetzt wichtig, da allgemein wieder eine größere Neigung zum Genuß von Weißbrot bemerkbar wird.

Da nun so ziemlich alles zweifelhaft wurde, erscheint es geraten, von vorn anzufangen, und zwar nicht mit der Theorie, sondern mit dem Experiment. Da hat nun ein Dalmater Professor mit seinem Assistenten leithin eine Reihe von Versuchen angestellt, die eine einfache Frage beantworten sollten: Welches Brot schlägt am besten an? Der „Anschlagswert“ soll also zunächst als maßgebend angesehen werden. Das ist ein neuer Begriff, der fruchtbar werden kann.

Die Fütterungsversuche wurden natürlich an Tieren gemacht, und zwar an Ratten, die ja wie der Mensch „omnivor“, d. h. Allesfresser sind. Wir nehmen vorläufig an, daß die Ergebnisse bei den Ratten auch für den Menschen zutreffen, später kann das noch kontrolliert und modifiziert werden.

Es werden also Ratten von möglichst gleicher Beschaffenheit, von demselben Wurf, also von gleichem Alter, gleicher Größe und Schwere, demselben Geschlecht, unter denselben Verhältnissen in getrennten Käfigen gehalten und nun mit den Nahrungsmitteln gefüttert, auf die es ankommt. Die eine Ratte bekommt etwa Zwieback, die andere Schwarzbrot, die dritte ein Vollkornbrot usw. Und zwar bekommen die Tiere so viel zu fressen, wie sie nur wollen, sie können sich richtig sattfressen und es muß noch etwas übrigbleiben, auch ist Wasser genug da. Das übriggebliebene wird alle Tage entfernt, es gibt immer wieder frisches Futter. Hunger und Durst sind ausgeschlossen. Alle paar Tage werden sie dann gewogen und es wird festgestellt, wieviel die Nahrung „angeschlagen“ hat; daraus ergibt sich der Anschlagswert für den Monat.

Als Einheit galt die Fütterung mit Hafer. Es stellte sich nämlich heraus, daß eine junge Ratte von 40 Gramm Gewicht bei Haferernährung im Monat gerade 40 Gramm zunahm (es handelt sich natürlich nur um runde Zahlen), also setzte man diese Zunahme als 1. Verfütterte man Graubrot unter gleichen Bedingungen, so war der Anschlagswert etwas größer, nämlich 1,25. Vollmilch ergab beinahe 2, Erbsen etwas über 3, Ei (d. h. Eiweiß und Ei-gelb zusammen) etwa 3,50 und Eidotter allein sogar 10. Das wäre also eine Idealernährung, aber welcher Mensch könnte so viel Eidotter herunterbringen!

Diese Unmengen sollen nur einen Begriff von der

Methode geben. Hauptzweck war zunächst der anschlagswert der verschiedenen Brotsorten gesucht. Wir greifen aus der Fülle der Angaben die wichtigsten heraus.

Zu allgemeinen marschieren die Vollkornbrote, die jetzt vielfach in den Handel kommen, an der Spitze. Man kann folgende Reihe als Gesamtergebnis anführen: Vollkornbrot, Graubrot, Einback, Milchbrötchen, Wasserfemmel, Zwieback.

Ein eigentümliches Schicksal war es, daß die Fabrik, die das beste Zeugnis erhielt, gerade während der Versuche ihren Betrieb einstellen mußte. Grund: mangelnder Absatz infolge des relativ hohen Preises, daneben aber auch andere Gründe. Von Weißbrot wurde einmal in einer Versuchsserie Krume und Kruste getrennt verfüttert. Von vielen wird ja die Kruste für nahrhafter angesehen; es zeigte sich aber, daß die alleinige Verfütterung von Kruste nicht nur keinen Anschlag bewirkte, sondern sogar eine Gewichtsabnahme! Derselbe Unterschied ergab sich später auch bei Krume und Kruste der verschiedenen Vollkornbrote und Schwarzbrote.

Die Wasserbrötchen hatten so gut wie gar keinen Anschlagswert. Günstiger schneidet ab das Milchweißbrot. Ganz auffallend erscheint der schlechte Erfolg des Zwiebacks, von dem man mit Rücksicht auf seinen Gehalt an Milch und Zucker mehr erwartet hatte. Zwieback wird ja auch vielfach als Kräftigungsmittel für Kranke und Wiedergenesende geradezu verordnet. Er scheint diesen Ruf nicht aufrechterhalten zu können. Besser wurden die Erfolge, als die Kruste von demselben Teig einen „Einback“ herzustellen ließen. Vermutlich wirkt die größere Höhe, der der Zwieback ausgesetzt wird, schädigend. Dasselbe dürfte der Grund sein bei dem angeführten Unterschied zwischen Krume und Kruste; die Kruste bekommt natürlich beim Backen mehr Feuer.

Dr. M.